



THEMEN

Bundesseminar 2012 Stuttgart

Bericht aus der Projektgruppe B90/ Die Grünen

Termin Innenministerium

Deutsche Hochschule der Polizei

Dienstrecht / Gleichstellung

Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung

CSD-Saison 2012

Europaweite Online-Befragung zur Homophobie

Mitgliederverwaltung

National / International

Stammtisch

Termine

BUNDESSEMINAR 2012

Wie bereits mehrfach veröffentlicht findet das Bundesseminar 2012 in Stuttgart statt. Das ständig aktualisierte Programmheft mit den Anmeldeunterlagen ist unter www.velspol-bw.de oder www.velspol.de im Internet eingestellt.

Am Mittwoch 25.07.2012 findet unter Anwesenheit unserer Schirmfrau, der stellvertretenden Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch und Polizeipräsident Thomas Züfle die Eröffnungsveranstaltung des Bundesseminars 2012, im Polizeipräsidium Stuttgart statt. Hierzu sind jetzt schon alle Mitglieder von VelsPol-BW e.V. eingeladen. Eine Teilnahme am Bundesseminar ist dafür nicht erforderlich.

BERICHT AUS DER PROJEKTGRUPPE LESBEN UND SCHWULE

Am 21. Januar fand eine gemeinsame Besprechung mit Vertreterinnen des AK Lesbenpolitik, AK Schwulenpolitik und der GEW zum Thema `Schule ohne Homophobie` statt. Die Vertreterinnen und Vertreter stellten die Probleme an den Schulen in Baden-Württemberg zum Thema dar. Ein wichtiger Baustein wird der Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung sein.

Zum Thema Beamtenversorgung (Familienzuschlag usw.) gibt es derzeit keine Neuigkeiten, von Seiten des Staatsministeriums wurde ein `Maulkorb` zum Thema erlassen.

Laut Finanzministerium (SPD) ist eine rückwirkende Bezahlung des Familienzuschlages bis 2003 nicht zu finanzieren. Der Finanzbedarf beläuft sich nach Angaben des Finanzministeriums auf ca. 6 Mio Euro.

TERMIN INNENMINISTERIUM

Das jährliche Gespräch mit dem Landespolizeipräsidenten, Inspekteur der Polizei und dem Landeskriminaldirektor findet am 26. April statt. Von Seiten VelsPol-BW e.V. werden die Themen Aus- und Fortbildung sowie Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) angesprochen.

Bereits am 12. April nimmt der Landesvorsitzende Thomas Ulmer an einem Gespräch mit Vertretern der Bildungseinrichtungen der Polizei im Innenministerium teil. Auch hier wird die Einbindung des Themas Homosexualität in die Ausbildung bei der Polizei besprochen.

DEUTSCHE HOCHSCHULE DER POLIZEI

Anfang Mai findet an der DHPOL in Münster eine internationale Fortbildungsveranstaltung zum Thema `Diversity` statt. Landesvorsitzender Thomas Ulmer wird hier einen Fachvortrag zum Thema `Homosexualität in der Polizei bzw. Arbeitswelt` halten.

Wie viel sind schwule Beamte dem Land wert?

Streit in der Koalition
über Ehegattenzuschlag

STUTTGART (rai). Die angestrebte Gleichstellung schwuler und lesbischer Beamten sorgt für Misstöne in der Stuttgarter Regierungskoalition. Nach Informationen unserer Zeitung lehnt es die SPD-Fraktion ab, den rund 250 verpartnerten Beamten rückwirkend bis 2003 Ehegattenzuschlag zu gewähren, wie dies die Grünen wollen. SPD-Innenexperte Nikolaos Sakellariou sagte, dies würde das Land zwischen sechs und zehn Millionen Euro kosten. Angesichts der Haushaltsnöte und der Kürzungen, die man anderen zumuten müsse, sei das zu viel. Die SPD-Fraktion habe daher beschlossen, den Zuschlag nur bis 2009 zu gewähren. Allein dies koste zwischen drei und vier Millionen Euro.

Die Grünen reagierten auf den Beschluss verärgert, nun werden die Koalitionsspitzen in der Streitfrage einen Kompromiss finden müssen. Sakellariou erklärte, er und andere in der SPD seien mit Blick auf die Sparzwänge dafür, den monatlichen Zuschlag in Höhe von 120 Euro für alle Landesbeamten abzuschaffen. „Einen Bonus allein fürs Verheiratetsein, das gibt es sonst in keiner Berufsgruppe“, so der Abgeordnete.

► **Landesnachrichten Seite 6**

Homo-Ehe entzweit Koalition

SPD weigert sich, verpartnerten Beamten rückwirkend bis 2003 Familienzuschlag zu bezahlen

Was Schwule und Lesben angeht, so ist die grün-rote Landesregierung deutlich toleranter und großzügiger als die Vorgängerregierung. Beim Geld hört aber bekanntlich die Freundschaft auf.

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Die angestrebte Gleichstellung schwuler und lesbischer Beamten-Paare sorgt für Ärger in der baden-württembergischen Regierungskoalition. Nach Informationen unserer Zeitung hat es die SPD-Fraktion auf ihrer jüngsten Sitzung am Dienstag einstimmig abgelehnt, den rund 250 verpartnerten Beamten im Dienst des Landes den sogenannten Ehegattenzuschlag (Familienzuschlag, Stufe 1) rückwirkend bis 2003 zu gewähren, wie dies bereits im Herbst die Grünen-Fraktion beschlossen hatte. SPD-Innenexperte Nikolaos Sakellariou sagte am Mittwoch auf Anfrage, die Forderung der Grünen würde das Land nach Berechnungen des Finanzministeriums zwischen sechs und zehn Millionen Euro kosten. Dies sei angesichts der Haushaltsprobleme und der Kürzungen, die man anderen Bevölkerungsgruppen zumuten müsse, zu viel. Die SPD-Fraktion habe daher beschlossen, den Zuschlag rückwirkend nur bis zum Jahr 2009 zu gewähren, so der innenpolitische Sprecher der Fraktion. Allein dies werde das Land zwischen drei und vier Millionen Euro kosten.

Da die Grünen weitergehende Forderungen hätten, müsse sich nun der Koalitionsausschuss mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann an der Spitze mit der Frage befassen, sagte Sakellariou. Er persönlich sei dafür, mit Blick auf die notwendige Haushaltssanierung den Zuschlag für alle Lan-

desbeamten abzuschaffen. „Einen Bonus allein fürs Verheiratetsein, das gibt es sonst in keiner Berufsgruppe“, so Sakellariou. Er fragt nicht ohne Sarkasmus: „Was soll dieser Zuschlag sein – Schmerzensgeld?“

Die Grünen reagierten auf den SPD-Beschluss mit Enttäuschung und Verärgerung. „Die rückwirkende Erstattung des Zuschlags bis 2003 ist keine freiwillige Good-Will-Leistung, sondern rechtlich geboten“, sagte die Stuttgarter Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch auf Anfrage. Mehrere Verwaltungsgerichte hätten zuletzt entsprechend geurteilt. Im Übrigen seien die Schätzungen des Finanzministeriums bezüglich der Kosten für die rückwirkende Erstattung viel zu hoch.

„Dieser Bonus allein fürs Verheiratetsein gehört abgeschafft und nicht noch ausgeweitet“

Nikolaos Sakellariou
SPD-Innenexperte

Sakellariou hingegen sagt, die Gerichte würden dem Gesetzgeber sicher einen Spielraum gewähren, vor allem was die rückwirkende Erstattung angehe. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts haben verpartnerte Beamte spätestens von Juli 2009 an Anspruch auf Ehegattenzuschlag – damals hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe die Privilegierung der herkömmlichen Ehe nicht rechtfertige, wenn dies mit einer Benachteiligung der Lebenspartnerschaft einhergehe.

Beamte, die verheiratet sind, erhalten derzeit vom Land dafür einen monatlichen Zu-

schlag von 120 Euro im Monat. Würde man diesen Zuschlag nun rückwirkend bis 2003 gewähren, bekäme jedes verbeamtete Homo-Paar rund 16 000 Euro – und dies in Zeiten, in denen sich der Staat kaum noch Ausgaben für Zukunftsausgaben leisten könne. „Erklären Sie das mal einer Schlecker-Mitarbeiterin“, so der Innenexperte.

Die zusätzlichen jährlichen Kosten, die sich durch die künftige Einbeziehung von homosexuellen Beamtenpaaren ergeben, belaufen sich laut Finanzministerium auf 1,25 Millionen Euro im Jahr. Dabei ging man von 250 solchen Beamten im Landesdienst aus, beim Landesamt für Besoldung sind derzeit 205 gemeldet. Lösch weist darauf hin, dass man die 1,25 Millionen Euro nicht einfach – wie dies das Ministerium getan habe – mit acht multiplizieren dürfe, wolle man die Kosten für die Rückwirkung bis 2003 berechnen. 2003 habe es nur 35 derartige Beamte gegeben, 2004 nur 44. Basierend auf diesen tatsächlichen Zahlen, sei sie auf Kosten von knapp zwei Millionen Euro gekommen.

Sakellariou betont, dass die Haltung der SPD-Fraktion keine irgendwie geartete Form der Diskriminierung darstelle. Die grün-rote Landesregierung wolle bei der Gleichstellung von homosexuellen Paaren Vorreiter sein und habe dies in der Vergangenheit auch schon mehrfach bewiesen. Man sei sogar bereit, in diesem konkreten Punkt für die Versäumnisse der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die eine Gleichstellung verpartneter Beamter stets abgelehnt hat, bis zum Jahr 2009 zu bezahlen. Grundsätzlich sei das Geld der Steuerzahler aber seiner Ansicht nach dazu da, in die Zukunft zu investieren. Und vor diesem Hintergrund halte er ein weiteres Entgegenkommen des Landes gegenüber den verpartnerten Beamten sowie den Zuschlag an sich für fragwürdig.

Stuttgarter Nachrichten 15.03.2012

Homosexuelle empören sich über SPD. Nein zum rückwirkenden Zuschlag für Beamte schlägt hohe Wellen

Stuttgart - Der SPD-Vorschlag zum Ehegattenzuschlag für homosexuelle Beamte geht Lesben und Schwulen nicht weit genug. Es sei „unwürdig“, dass sich die Landtagsfraktion dafür einsetze, den Zuschlag von monatlich 120 Euro rückwirkend erst ab 2009 und nicht schon ab 2003 zu gewähren, teilte der Vorstand der Interessengemeinschaft CSD Stuttgart, Christoph Michl, am Donnerstag mit. Im Bundestag hätten die Sozialdemokraten vor einem halben Jahr noch eine Zahlung ab 2003 gefordert. Anders als der grüne Koalitionspartner begründet die SPD im Land ihre Haltung mit den hohen Kosten für den nachträglichen Zuschlag. Nach Angaben der Partei geht es bei 250 verpartnerten Beamten im Land um Kosten von sechs bis zehn Millionen Euro. (StN).

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schimpft auf die SPD. „Das Beamtenrecht muss in vollem Umfang für eingetragene Lebenspartnerschaften gelten“, forderte die stellvertretende DGB Landesvorsitzende Marion von Wartenberg. Der DGB fordert die volle Gleichstellung eingetragener

Lebenspartnerschaften. Deshalb müsse der Familienzuschlag auch rückwirkend ausgezahlt werden – dem Monat, in dem die EU-Gleichstellungsrichtlinie in Kraft trat. Der Sozialflügel der CDU (VDA) warf der SPD vor, Stimmung gegen Beamte und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften zu machen. „Es ist abseitig, den Familienzuschlag für Beamte dann abzuschaffen, wenn die Gerichte die Politik zur Gleichbehandlung gezwungen haben“, kritisierte der VDA-Landesvorsitzende Christian Bäumler.

StN-Online 15.03.2012

„Man sollte die Ehe nicht verwässern“

Interview Der baden-württembergische CDU-Mann Thomas Bareiß verwehrt sich gegen eine FDP-Offensive für homosexuelle Paare.

In einem Brief an den Finanzminister fordert FDP-Chef Rösler, schwule und lesbische Lebenspartnerschaften steuerlich gleich zu behandeln wie Ehepaare. Vom konservativen Thomas Bareiß aus der Südwest-CDU kommt ein Veto.

Herr Bareiß, die FDP-Spitze will Homopaa-ren die Privilegien des Ehegattensplittings angedeihen lassen. Was halten Sie davon? Ich halte von solchen Ideen gar nichts. Die Ehe von Mann und Frau wird durch unser Grundgesetz unter einen besonderen Schutz gestellt. Das sollte sich auch im Steuerrecht so widerspiegeln.

FDP-Chef Rösler und die liberale Justizmi-nisterin berufen sich auf den Koalitionsver-trag. Bricht die CDU ihre Wahlversprechen? Auch der Koalitionsvertrag spricht vom be-sonderen Schutz der Ehe. Wir haben im Wahlkampf keine Ausdehnung des Ehegat-tenplittings auf gleichgeschlechtliche Paare versprochen. Hier herrscht aus mei-ner Sicht auch ganz gewiss kein Nachholbe-

darf. Mit uns darf nicht am Ehegattensplit-ting gerüttelt werden.

Warum ist das für Sie eine Grundsatzfrage? Die Ehe zwischen Mann und Frau ist der Kern der Familie und damit unserer Gesell-schaft. Man sollte die Ehe nicht verwässern und sie gleichstellen mit eingetragenen Le-benspartnerschaften homosexueller Paare. Das ist für mich immer noch etwas anderes.

Einige Finanzgerichte haben entschieden, dass homosexuelle Paare beim Steuersplitting gleichzustellen seien. Wollen Sie im Ernst eine Ausnahme vom Gleichheitsgrundsatz verlangen?

Die Ehe steht unter dem be-sonderen Schutz der Verfas-sung. Mit dem Ehegattensplitting wird sie auch vor dem Finanzamt als Einheit und Zugewinnngemeinschaft anerkannt. Sollten Gerichte eine Gesetzeslücke sehen, müs-sen wir diese schließen. Ich wäre dann für

eine eindeutige Klarstellung, dass der Grundsatz des Ehegattensplittings nur für die Ehen gilt.

Es gibt ja auch eine Debatte darüber, dass kinderlose Ehepaare durch das Splitting überteuert würden. Was denken Sie?

Die Ehe ist ein gegenseitiges Bekenntnis zur Übernahme von Verantwortung. Des-halb genießt sie zu Recht unseren besonde-ren Schutz. Außerdem ist die Ehe immer noch zu einem ganz großen Anteil der Aus-gangspunkt zur Familiengründung. Des-

halb wird auch richtigerweise unterschieden zwischen ver-heirateten und nichtverheir- teten Paaren.

Wäre es richtig, die Erzie-hungsleistung beim Splitting stärker zu berücksichtigen und nicht den Trauschein als sol-chen zu begünstigen?

Es gibt ja viele Arten der Be-günstigung und Unterstüt-zung von Familien mit Kin- dern. Denken Sie an das Kindergeld und die Kinderfreibeträge oder das Elterngeld, das wir neu eingeführt haben. Insofern man-gelt es nicht an Anerkennung, auch nicht an finanzieller Anerkennung.



Thomas Bareiß (37) ver-tritt den Wahlkreis Zollernalb. Fotos: dpa

In der Union wird auch über andere Fragen der Gesellschaftspolitik diskutiert. Manche Kollegen fordern Frauenquoten für Unter-nehmen – richtig für einen Konservativen?

Die Wirtschaft ist sich dessen bewusst, dass mehr Frauen in Führungsverantwortung kommen müssen. Der Staat kann nicht al-les regeln. Wir müssen den Menschen auch etwas zutrauen. Aufgrund des drohenden Fachkräftemangels sind alle Unternehmen gut beraten, die besten Köpfe zu fördern – egal ob Mann oder Frau. Einer Quote be-darf es deshalb nicht. Wir leben ja nicht im Sozialismus.

Das Gespräch führte Armin Käfer.

DAS PRIVILEG DES SPLITTINGS

Steuervorteil Das Ehegattensplitting begünstigt verheiratete Paare steuerlich. Ihr gemeinsames Einkommen wird dabei halbiert und danach der Einkommensteuertarif berechnet.

Einnahmeverzicht Der Splittingvorteil ist umso deutlicher, je größer der Einkommensunter-schied ist – maximal bei Paaren, von denen nur einer verdient. Er kann bei Ehepaaren (ohne die sogenannte Reichensteuer) bis zu 7914 Euro betragen. Durch das Splitting verzichtet der Staat auf 15 Milliarden Euro an Steuern. k3

STZ 26.03.2012

AKTIONSPLAN FÜR GLEICHSTELLUNG UND TOLERANZ

Nach den Ländern Berlin und NRW will auch Baden-Württemberg einen sogenannten `Aktionsplan gegen Homophobie` auf den Weg bringen.

Inhalt des Aktionsplanes sollen Strategien gegen Vorurteile, Diskriminierung und Benachteiligung in der Gesellschaft sein. Im Aktionsplan sollen Konzepte zur Aufklärung, Sensibilisierung und Wertschätzung nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch in der Arbeitswelt niedergeschrieben werden.

Die Veranstaltung findet am 20. April 2012 zwischen 15.00 und 18.00 Uhr im Plenarsaal des Landtages statt. Landesvorsitzender Thomas Ulmer wird als Gesprächsgast teilnehmen.

Zu der Veranstaltung sind alle VelsPol-BW-Mitglieder eingeladen.

(Einladung - siehe Anhang)

CSD-SAISON 2012

Demnächst beginnt wieder die CSD-Saison. VelsPol-BW e.V. wird in diesem Jahr wie üblich am CSD Stuttgart teilnehmen. Hierzu erfolgen demnächst zusätzliche Informationen. Unter dem Motto 'Gleichbeschäftigt' werden wieder viele Veranstaltungen von CSD-Verein angeboten. VelsPol-BW e.V. wird auf den Werbeplakaten als Berufsgruppe vertreten sein. Hierzu fanden vor wenigen Wochen zwei Fotoshootings statt, Models wurden in Polizeiform fotografiert.

Darüber hinaus liegen Anfragen von den CSD-Organisationen aus **Karlsruhe (02. Juni 2012)** und **Straßburg (16. Juni 2012)** vor.

Auf dem letzten Stammtisch wurden die Teilnahmen diskutiert, vom Vorstand würde eine Teilnahme am CSD Straßburg bevorzugt. In Straßburg sind fast alle Homo-Organisationen der Rheinschiene (Karlsruhe/ Offenburg/ Freiburg/ Lörrach) vertreten, die meisten Gruppen kommen aus Deutschland. VelsPol-BW e.V. würde sich mit einem Infostand in Straßburg präsentieren. Da FLAG die französische Partnerorganisation im Elsass keine Mitglieder hat würde ein Kollege aus Paris am Infostand teilnehmen.

Eine Teilnahme an den CSD-Veranstaltungen in Karlsruhe und/ oder Straßburg hängt von der Unterstützung der VelsPol-Mitglieder ab. Zum Betrieb eines Infostandes sind 3-5 Mitglieder erforderlich. Der Vorstand bittet TeilnehmerInnen an einem Infostand um Rückmeldung per E-Mail vorstand@velspol-bw.de oder per DOODLE-Abstimmung <http://www.doodle.com/ngvnmtp6isi93ye9>.

EUROPAWEITE UMFRAGE ZUR HOMOPHOBIE



EUROPÄISCHE LSBT-UMFRAGE IM AUFTRAG DER EU-GRUNDRECHTSAGENTUR (FRA):

Außer gelegentlichen Berichten über Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen gibt es sehr wenig vergleichbare, EU-weit erhobene Daten über alltägliche Diskriminierungserfahrungen von LSBT-Personen. Als Reaktion auf diese Situation hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) die bislang erste EU-weite Online-Befragung in Auftrag gegeben, um sich einen genauen Überblick über die Lebenssituation und Erfahrungswelten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen (18 Jahre oder älter) zu verschaffen. Diese Umfrage umfasst die 27 EU-Mitgliedsstaaten (darunter Deutschland) und Kroatien.

Da es sich hierbei um die erste EU-weite Umfrage dieser Art handelt, werden ihre Ergebnisse die Weiterentwicklung der Gleichbehandlungspolitik für LSBT-Menschen in der Europäischen Union unterstützen und dabei die Schwerpunkte für die kommenden Jahre festlegen. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse werden politische Entscheidungsträger sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene – ebenso wie Nichtregierungs- oder zivilgesellschaftliche Organisationen – ihre



Strategien und Aktivitäten besser darauf ausrichten können, LSBT-Personen und ihre Gemeinschaften dabei zu unterstützen, dass diese frei von Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität leben können.

Die Umfrage ist absolut anonym (keine Daten der TeilnehmerInnen und ihrer Internet-Sitzungen werden in irgendeiner Form aufgezeichnet). Die Umfrage wird von Gallup durchgeführt, einem professionellen Umfrage- und Beratungsunternehmen.

Damit den Umfrageergebnissen entsprechendes Gewicht zukommen kann, ist die Teilnahme einer großen und vielfältigen Gruppe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transpersonen in jedem Land notwendig. Der Erfolg der Umfrage hängt davon ab, dass eine große Zielgruppe erreicht wird. Daher ist es sehr wichtig, dass TeilnehmerInnen den Fragebogen in ihrem LSBT-Freundeskreis weiterverbreiten, sei es per E-Mail, über soziale Netzwerke oder einfach durch eine persönliche Einladung an FreundInnen, sich doch ebenfalls an der Umfrage zu beteiligen.

<http://2011lgbt2020de2.questionpro.com/>

MITGLIEDERVERWALTUNG

Der Vorstand für Finanzen bittet alle Mitglieder Kontoänderungen per E-Mail mitzuteilen. Hierdurch werden Kosten die dem jeweiligen Mitglied in Rechnung gestellt werden müssen vermieden.

vorstand@velspol-bw.de

NATIONAL / INTERNATIONAL

Die nächste EGPA-Konferenz findet vom 28.06. – 01.07.2012 in Dublin statt. Zur Teilnahme an der Konferenz sind alle Mitglieder der VelsPol-Landesorganisationen eingeladen, als Konferenzsprache wird auch deutsch angeboten (bei einer ausreichenden Anzahl von Anmeldungen aus dem deutschsprachigen Raum). Informationen können auf der Homepage der EGPA (www.eurogaycops.com) abgerufen werden.

STAMMTISCHTERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet am 13.04.2012 um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro `Pfiff` in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das `Pfiff` bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



ZUM SCHLUSS - HERZLICH WILLKOMMEN

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

IMPRESSUM

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |

Mitgliedsantrag

- ☐ Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
☐ Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon ____/____ Jahresbeitrag **15,00** Euro

☐ Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

☐ ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

im grün-roten Koalitionsvertrag nimmt das Thema
Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender
einen wichtigen Stellenwert ein.

In einem landesweiten Aktionsplan für Toleranz
und Gleichstellung sollen Ideen und Konzepte
entwickelt werden, um Vorurteile abzubauen und
Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für
Offenheit und Vielfalt zu machen. Wir wollen der
Diskriminierung von Anfang an konsequent
entgegen wirken. Denn über ein Drittel der
Deutschen haben nach wie vor moralische
Vorbehalte gegen Homosexualität - Homophobie
ist immer noch eine weit verbreitete Realität.

Im Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie
geht es um Akzeptanz, Selbstbestimmung und
den Abbau von Vorurteilen. Aufklärung und
Sensibilisierung sind dabei entscheidend, um zu
Verständnis und gegenseitiger Wertschätzung zu
gelangen.

In unserer Anhörung dreht es sich um die Frage,
wie der Aktionsplan in Baden-Württemberg
umgesetzt werden kann. Es geht um die rechtliche
Gleichstellung, dem Schutz vor Diskriminierung
und Gewalt, um Forschung und Studien, aber auch
um die Kompetenzerweiterung von Fachkräften in
der Verwaltung und bei den freien Trägern.

Wir freuen uns auf Sie!

Brigitte Lösch MdL

Sprecherin für die Belange von Lesben, Schwulen &
Transgender der Fraktion GRÜNE

Einladung in den Landtag

Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung

Eine öffentliche Anhörung der
Fraktion GRÜNE



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 2063-683
Fax 0711 / 2063-660

post@gruene.landtag-bw.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

Freitag, 20. April 2012, 15.00 – 18.00 Uhr

Landtag von Baden-Württemberg

Plenarsaal

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

(fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt)

PROGRAMM

15.00 Uhr

Ankommen im Landtag
bei Kaffee & Brezel

15.15 Uhr

Einführung und Begrüßung

Manne Lucha, MdL

Sprecher des AK VII Soziales der Fraktion GRÜNE

15.20 Uhr

**Impulsreferat „Umsetzung des Aktionsplans für
Gleichstellung und Akzeptanz in NRW“**

Marlis Bredehorst, Staatssekretärin

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege
und Alter Nordrhein-Westfalen

15.50 Uhr

Aktionsplan für Baden-Württemberg

Günter Mächtle, Ministerialdirigent

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren Baden-Württemberg

16.00 Uhr

**Gesprächsrunde „Umsetzung des Aktionsplans
in Baden-Württemberg“**

Marlis Bredehorst (Staatssekretärin NRW)

Annemarie Renftle (AK Lesben der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft)

Joachim Stein (AK Lesben & Schwule bei ver.di,
Vorstand Aids-Hilfe Stuttgart e.V.)

Brigitte Aichele-Frölich (Vorstand LSVD - Lesben-
und Schwulenverband BW)

Thomas Ulmer (Vorsitzender VeLsPol - Verband
lesbischer und schwuler Polizeibediensteter BW)

Maïke Pfuderer (Sprecherin der Landesarbeits-
gemeinschaft Lesben & Schwule der Grünen BW)

Moderation: *Brigitte Lösch*, MdL

17.30 Uhr

Abschluss mit Ausblick

Brigitte Lösch, MdL

Wir freuen uns auf Ihr Kommen
und bitten um Anmeldung bis 16.04.2012
beim Sekretariat der Landtagsfraktion
gaby.schuster@gruene.landtag-bw.de
oder Telefon 0711 / 2063-680
oder Fax 0711 / 2063-660
www.bawue.gruene-fraktion.de



VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Nr. 4 - 5



Baden-Württemberg

CSD Stuttgart - Plakate

Das Motto des diesjährigen CSD Stuttgart lautet 'Gleichbeschäftigt', VelsPol-BW e.V. wird in diesem Jahr nicht nur auf der CSD-Parade oder auf der Hocketse der AIDS-Hilfe sichtbar sein. Bereits in den Wochen vorher werden Passanten und Autofahrer im Großraum Stuttgart auf das Motto mit Plakaten eingestimmt. Der Beruf Polizistin und Polizist wird deutlich sichtbar sein. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen die ihre Uniform für die Fotomodels zur Verfügung gestellt haben und natürlich auch an die beiden Fotomodels.

Fortbildung in der Polizei

Die Polizei in Baden-Württemberg nimmt das Thema Homosexualität in die Aus-Und Fortbildung auf. Nach mehr als 18 Jahren wurde in einem Gespräch am Donnerstag (14.04.2012) die Aufnahme des Themas Homosexualität in die Aus- und Fortbildung vereinbart. Bundes- und Landesvorsitzender Thomas Ulmer begrüßte den Schritt des Innenministeriums als Zeichen für Toleranz und Vielfalt in der Polizei. Innenminister Gall und Landespolizeipräsident Hammann setzen damit eine langjährige Förderung von VelsPol-BW e.V (Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.) und eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung um. Zirka 2.800 lesbische und schwule Polizeibeschäftigte sind damit einen weiteren Schritt zur Gleichbeschäftigung näher gekommen.

Ulmer erläuterte dass das Thema in der Grundausbildung fester Bestandteil werden wird, in der Fortbildung in verschiedene Themen der Mitarbeiterführung Einbindung findet.

Anhörung – Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung



An Freitag (22.04.2012) fand im Landtag von Baden-Württemberg eine Anhörung der Fraktion der GRÜNEN zum geplanten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung statt. VelsPol-BW e.V. vertreten durch Thomas Ulmer war zur Anhörung aus Sicht der Polizei eingeladen. Die Koordinierung des Aktionsplanes findet durch das Sozialministerium statt. Diesbezüglich findet am 23.05.2012 ein Gespräch zwischen VelsPol-BW e.V. und der Sozialministerin Altpeter in Stuttgart statt.

Pressemitteilung B90/ Die GRÜNEN und SPD

Brigitte Lösch, MdL, Sprecherin der Fraktion Grüne für die Belange von Lesben und Schwulen und ihr Kollege Florian Wahl, MdL SPD, wollen mit einem landesweiten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung Konzepte gegen Homophobie und zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Homosexuellen entwickeln.

Brigitte Lösch erläutert: „Die Feindseligkeit gegenüber Homosexuellen ist nach wie vor ein weit verbreitetes gesellschaftliches Phänomen, und auch gewalttätige Übergriffen passieren immer wieder. Nach Einschätzung der Polizei zeigen aber ca. 90 Prozent der Opfer eine homophobe Straftat aus Angst nicht an.“

„Auch ist die Selbstmordrate bei homosexuellen Jugendlichen rund vier Mal höher als bei gleichaltrigen Heterosexuellen“, berichtet Florian Wahl.

Für die beiden Abgeordneten ist klar, dass sich da was ändern muss. Deshalb bedarf es landesweiter Anstrengungen, um Homophobie in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen und für die Akzeptanz der Vielfalt von sexueller Identität und Orientierung zu werben. Das bedeutet auch, dass Homosexualität an Schulen nicht länger tabuisiert wird, dass Homosexualität als eine normale Form von Sexualität begriffen wird, damit Diskriminierung, Vorurteile, Ignoranz und auch antihomosexuelle Gewalt weiter abgebaut werden.

SWR – Reportage

Im Vorfeld des CSD Stuttgart produziert der SWR eine seit Jahren geplante Reportage über homosexuelle Paare in Baden-Württemberg. Das Projekt wurde in den letzten Jahren immer wieder durch politische Einflüsse behindert bzw. verschoben. An der jetzigen Produktion nimmt die stellvertretende Landesvorsitzende Karen Seiter und ihre Lebensgefährtin Mone teil.

Der Sendetermin ist für den 01.08.2012, 20:15 Uhr im SWR-Fernsehen vorgesehen.

Mitgliedsbeiträge

Ende Mai werden die Mitgliedsbeiträge 2012 per Lastschrift eingezogen. Der Vorstand für Finanzen, Tobias Lingner bittet alle Mitglieder Kontoänderungen per E-Mail mitzuteilen. Gebühren die durch Rücklastschriften entstehen müssen leider dem jeweiligen Mitglied in Rechnung gestellt werden.

Mitglieder die den Mitgliedsbeitrag überweisen bitten wir den Beitrag in Höhe von 15 Euro bis zum 31.05.2012 zu überweisen. Vielen Dank.

CSD Teilnahme Karlsruhe

VelsPol-BW e.V. wird sich in diesem Jahr an den beiden CSD-Veranstaltungen in Karlsruhe und

Straßburg beteiligen. Der CSD Karlsruhe

startet am Samstag **02.06.2012** ab 14:00

Uhr. Unser Infostand befindet sich auf dem Gelände des NACHTWERKES

(Pfannkuchstraße 14).

CSD Karlsruhe

Liebe. Mit Recht.
2. Juni 2012
www.csd-karlsruhe.de

Christopher Street Day mit Demoparade für die Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen

Eltern Mit Recht:
Über 2.000 Kinder in Deutschland sind von lesbischen oder schwulen Eltern erzogen. Die meisten Eltern sind aber nicht als Eltern anerkannt. Das führt zu Problemen bei der Anmeldung von Kindern in Kindergärten, Schulen und bei der Beantragung von Reisepässen. Eltern müssen sich oft gegen Vorurteile und Diskriminierung wehren.

Arbeit Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen im Arbeitsleben mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Einstellung, Beförderung und bei der Kündigung. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gezwungen, ihre sexuelle Orientierung zu verheimlichen.

Leben Mit Recht:
In vielen Städten, Ländern und Bundesländern gibt es noch keine Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren. Das führt zu Problemen bei der Beantragung von Sozialleistungen, bei der Miete von Wohnungen und bei der Beantragung von Krediten.

Asyl Mit Recht:
Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, haben das Recht, Asyl zu beantragen. Aber viele Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, werden nicht als Asylbewerber anerkannt. Das führt zu Problemen bei der Beantragung von Asyl.

CSD Mit Recht:
Am 28. Juni 2012 findet der Christopher Street Day in Karlsruhe statt. Das ist ein Tag, an dem wir unsere Rechte fordern und unsere Solidarität zeigen. Wir werden eine große Parade durch die Stadt ziehen.

Ehe Mit Recht:
In vielen Ländern gibt es noch keine Ehe für alle. Das führt zu Problemen bei der Beantragung von Sozialleistungen, bei der Miete von Wohnungen und bei der Beantragung von Krediten.

Schüler Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen in der Schule mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Anmeldung von Kindern in Kindergärten, Schulen und bei der Beantragung von Reisepässen.

Legal Mit Recht:
Mit der Abschaffung des Paragraphen 175a des Strafgesetzbuchs ist die Verfolgung von Homosexuellen in Deutschland endlich beendet. Aber viele Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, werden nicht als Asylbewerber anerkannt.

Gleich Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen im Arbeitsleben mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Einstellung, Beförderung und bei der Kündigung.

Gesund Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen im Arbeitsleben mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Einstellung, Beförderung und bei der Kündigung.

Wohnen Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen im Arbeitsleben mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Einstellung, Beförderung und bei der Kündigung.

Feiern Mit Recht:
Lesben und Schwule müssen im Arbeitsleben mit Diskriminierung rechnen. Das führt zu Problemen bei der Einstellung, Beförderung und bei der Kündigung.

Demoparade
1000 Teilnehmer
dieses Jubiläum

Hoffest
17.00 Pfannkuchen
und viel mehr...

www.csd-karlsruhe.de

CSD Teilnahme Straßburg



Erstmalig wird sich ein VelsPol - Landesverein mit einem Infostand im Ausland engagieren. VelsPol-BW e.V. wird auf Einladung der Organisation `Festigay` am Straßburger CSD teilnehmen. Die Festigay-Pride findet am **16. Juni 2012 ab 14:00 Uhr** in der Straßburger Innenstadt und auf dem Place de l'Université statt.

Kolleginnen und Kollegen die die Arbeit an den Infoständen in Karlsruhe und Straßburg unterstützen möchten sind hierzu herzlich eingeladen.

Dienstrecht

Schwule Beamte in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sollen künftig Familienzuschlag bekommen können

Kabinetts beschließt Gleichstellungsgesetz

Grün-Rot Die eingetragene Lebenspartnerschaft erreicht nach einigem Hin und Her auch das Beamtenrecht.

Stuttgart Der Streit über die Gleichstellung von schwulen und lesbischen Paaren im Beamtenrecht ist beendet. Auf ihrer auswärtigen Kabinettsitzung in Hüfingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) beschließt die grün-rote Landesregierung am Dienstag den Gesetzentwurf 'zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts'. Damit wird die eingetragene Lebenspartnerschaft im Dienstrecht in vollem Umfang mit der Ehe gleichgestellt. So sieht es die von Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) erarbeitete Kabinettsvorlage vor. In der Zielrichtung des Gesetzentwurfs, der nun an den Landtag zur parlamentarischen Beratung weitergeleitet wird, waren sich Grüne und SPD einig gewesen. Hatte doch das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung aus dem Jahr 2009 die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und der Ehe mit Blick auf das Gleichheitsgebot nach Artikel 3 des Grundgesetzes beanstandet. Damals ging es konkret um die betriebliche Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Strittig zwischen den Koalitionspartnern blieb allerdings, welche rückwirkende Bindung das Gesetz entfalten soll. Bei einer ersten Beschlussfassung im Kabinetts im Juli vergangenen Jahres war Folgendes vorgesehen gewesen:

Das Gesetz sollte rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft treten - parallel mit dem neuen Dienstrechtsreformgesetz. Auf Antrag sollte auch der 1. Januar 2009 möglich sein. Diese Regelung ist bereits jetzt provisorisch gültig.

Diese überschaubare Rückwirkung allerdings stieß auf den Widerstand der Grünen.

Parlamentsvizepräsidentin Brigitte Lösch verlangte eine rückwirkende Geltung vom Jahr 2003 an.

Begründung: zu diesem Zeitpunkt war die Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union in Kraft getreten. Die Richtlinie verbietet eine Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung. Es gab sogar Stimmen, die für das Jahr 2001 votierten, aus dem das Lebenspartnerschaftsgesetz der früheren rot-grünen Bundesregierung stammt. Dagegen stemmte sich die SPD, welche die Landeskasse im Auge behielt. 2003 und 2009 - diese beide Jahren bestimmten die Diskussion. Heraus kam am Ende - Überraschung! - das Jahr 2006. Ein klassischer Kompromiss, für den als gesetzlicher Bezugspunkt die Neuregelung der Bund-Länder-Beziehungen im Zuge der Föderalismusreform 1 gefunden wurde. Mit dieser Reform waren die Kernbereiche des Beamtenrechts vom Bund auf die Länder übertragen worden. Die finanziellen Leistungen können auf Antrag der Betroffenen auf dieses Jahr rückdatiert werden. Die Kosten für die verlängerte Rückwirkung bis zum Jahr 2006 liegen bei knapp 2,9 Millionen Euro. Nach Erledigung der Altlasten liegen die Mehraufwendungen für das Land bei 1,3 Millionen Euro im Jahr. Auf die Kommunen kommen 200 000 Euro zu.

Parlamentsvizepräsidentin Brigitte Lösch zeigt sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden.

'Ich freue mich, dass die Diskriminierung der Lesben und Schwulen im Beamtenrecht beendet ist.'

Auch Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid wertet die Verständigung als einen Erfolg. 'Es war überfällig, dass jetzt endlich Ernst gemacht wird mit der Gleichstellung.' Es werde Zeit, 'dass wir gesellschaftliche Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung verstehen'. Bereits im vergangenen Jahr hatte Innenminister Reinhold Gall (SPD) die Standesämter für die eingetragene Lebenspartnerschaft geöffnet. Unter der alten CDU-FDP-Regierung waren in den Landkreisen die Landratsämter und in den Stadtkreisen die Gemeinden für die Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zuständig gewesen.

Mit der Neuregelung haben Beamte, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, im Besoldungsrecht Anspruch auf den Familienzuschlag. Im Versorgungsrecht geht es um die beamtenrechtliche Hinterbliebenenversorgung, die Unfallfürsorge und den Familien- und Kinderzuschlag. Im Reisekostenrecht wirkt sich die Gleichstellung auf die Wegstreckenentschädigung, die Umzugskosten, die Beförderungsauslagen sowie auf das Trennungsgeld aus. Im Beihilferecht werden eingetragene Lebenspartner als Angehörige berücksichtigungsfähig und als Hinterbliebene beihilfeberechtigt werden.

© 2012 Stuttgarter Zeitung

Mehr Geld für homosexuelle Beamte

Hüfingen dpa Schwule und lesbische Beamte in Baden-Württemberg sollen mehr Rechte und damit auch mehr Geld erhalten. Bei ihrer auswärtigen Sitzung am Dienstag in Hüfingen im Schwarzwald-Baar-Kreis gab die grün-rote Landesregierung den Startschuss für eine geplante Änderung des Dienstrechts. 'Wir sind uns einig', sagte Finanzminister Nils Schmid (SPD).

Homosexuelle Paare, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, sollen gleichgestellt werden mit verheirateten Heterosexuellen. Dies gilt rückwirkend zum 1. September 2006 und ist ein wichtiges Signal für die Anerkennung von Homosexuellen. Baden-Württemberg ist eines der letzten

Bundesländer, das Ernst macht mit der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienstrecht. Die Südwest-Regierung folgt damit einer Vorgabe der Europäischen Union (EU). Diese sieht vor, die neuen Regeln rückwirkend bis 2009 gelten zu lassen. Dieser Zeitpunkt ist durch mehrere Gerichtsurteile bestätigt worden.

Dem Schwulen- und Lesbenverband Baden-Württemberg (LSVD) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) geht der Kompromiss nicht weit genug. 'Wir wollten, dass verpartnerte Beamte ihren Anspruch bis mindestens 2003 oder sogar bis 2001 rückwirkend geltend machen können', sagte LSVD-Vorstand Holger Henzler-Hübner.

© 2012 Stuttgarter Nachrichten

Auszug aus der Pressemitteilung vom 15.05.2012

VelsPol-BW begrüßt die Entscheidung der Landesregierung zur Änderung des Dienstrechtes. Die Forderung der Berücksichtigung von Ansprüchen bis zum Jahr 2003 bleibt bestehen, so Landesvorsitzender Thomas Ulmer.

Ein Mitglied von VelsPol-BW e.V. wird zur Sicherung ihrer Ansprüche rückwirkend bis 2003 gegen das Land Baden-Württemberg Klage einreichen.

Elterngruppe

Julia Zimmermann und Thomas Ulmer haben auf Einladung der Elterngruppe Stuttgart am 27.04.2012 an einem Infoabend teilgenommen. Gesprächsthemen waren u.a. der Umgang mit Homosexualität in der Polizei, homophobe Straftaten und der Polizeiberuf.

Justiz

Die beiden Landesvorstände Karen Seiter und Thomas Ulmer haben am 07.05.2012 im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung der Justiz in Bad Waldsee über das Thema Homosexualität in der Arbeitswelt/ Polizei informiert. Teilnehmer waren Leiter verschiedener Justizanstalten in BaWü sowie Bedienstete aus dem Vollzugsdienst.

CSD Stuttgart

VelsPol - Baden-Württemberg e.V. nimmt wie schon in den vergangenen Jahren mit einem Paradewagen am CSD Stuttgart (28.07.2012) teil. Das Organisationsteam Danny, Sigg, Thilo und Christian bitten um Unterstützung, insbesondere am 27. und 28.07.2012. Unterstützer werden gebeten sich unter vorstand@velspol-bw.de zu melden. Aufgrund des Bundesseminars wird es einen Paradewagen und eine Fußgruppe geben.

Hocketse 2012

Wie schon in den letzten Jahren wird VelsPol-BW e.V. wieder mit einen Infostand an der Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart (29.07.2012) teilnehmen. Auch hier werden UnterstützerInnen am Infostand (Aufbau/ Betrieb und Abbau) gesucht. InteressentInnenn werden gebeten sich unter vorstand@velspol-bw.de zu melden.

National / International

DGB – Workshop in Berlin

Berlin: Bundesvorsitzender Thomas Ulmer hat am Mittwoch (25.04.2012) am DGB -Workshop Lesben, Schwule und Transgender in Berlin teilgenommen.

Vertreter unterschiedlicher Gewerkschaften darunter auch der GdP haben sich zu einem Workshop zum Thema Vielfalt /Diversity in der Arbeitswelt getroffen. Die Veranstaltung zeigte die unterschiedliche Berücksichtigung des Themas LGBT in den einzelnen Gewerkschaften.



Auszug aus dem Internetauftritt des DGB:

In der DGB-Bundeszentrale fand am 25. April 2012 ein Tages-Workshop zum Thema „*Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender*“ (LSBT) statt. Eingeladen dazu hatte die **stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock** alle Einzelgewerkschaften des DGB. Mit dieser Veranstaltung sollte die weitere Umsetzung des DGB-Bundeskongressbeschlusses „*Abbau von Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern*“ (Antrag E 006) beraten werden, den die Delegierten aller acht DGB-Gewerkschaften im Mai 2010 einstimmig gefasst hatten (siehe unten „**Download**“).

Beteiligung der Einzelgewerkschaften

Zum Workshop erschienen Hauptamtliche des DGB sowie Vertreter/innen von ver.di, GEW, GdP, IG BCE und IG Bau. Keine Rückmeldung kam bedauerlicherweise von IG Metall, NGG und EVG. Der inhaltliche Schwerpunkt des Workshops wurde auf das Kapitel des Kongressantrages gesetzt, das den DGB und die Einzelgewerkschaften zu deutlich sichtbaren Aktivitäten für die LSBT-Rechte der

Kolleginnen und Kollegen auffordert (Antragsabschnitt „*Gewerkschaftliche Engagement*“). Denn hier gibt es offenkundig noch erheblichen Handlungsbedarf angesichts der Tatsache, dass die Arbeitswelt für LSBT noch immer der Lebensbereich ist, in dem sie die häufigsten Diskriminierungen in unserer Gesellschaft erfahren.

Die Gewerkschaften müssen - so das klare Votum des DGB - den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit der nötigen Unterstützung beistehen, sie im Konfliktfall sachkundig beraten und ihre Rechte auch offensiv vertreten können. Immerhin ist davon auszugehen, dass 10 % der Gewerkschaftsmitglieder lesbisch, schwul oder trans sind und schon deshalb „ihr Thema“ in der Organisation angemessen zu achten sein muss.

Situationsbeschreibung durch Ingrid Sehrbrock

Ingrid Sehrbrock ging in ihrem Einführungsreferat zunächst auf die besondere Situation von LSBT am Arbeitsplatz ein, die sich von der Situation Heterosexueller in vielen Punkten sehr deutlich negativ unterscheidet. Heterosexualität ist der „Normalzustand“, aber Homosexualität sollte bitteschön „privat“ bleiben. Das Coming-out im Kollegenkreis hat entsprechend schwer kalkulierbare Folgen. Mit Mobbing oder Karriereknick kann durchaus gerechnet werden, wie es verschiedene Studien belegen und wie es von Beschäftigten genauso berichtet wird.

Deshalb war und ist es wichtig, der Diskriminierung mit gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten, durch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz oder mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das berufliche Benachteiligungen wegen der sexuellen Identität ausdrücklich verbietet. Und auch deshalb tritt der DGB dafür ein, den Gleichheitsartikel des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ zu ergänzen. Gerade Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen müssen vieles tun, um die Rechte der Betroffenen im Alltag durchzusetzen und ihre Unterstützung dazu anzubieten. Der DGB kann als Plattform genutzt werden, entsprechende Aktivitäten zu vernetzen.

Nach der deutlichen Situationsbeschreibung der Vizevorsitzenden berichteten die Vertreter/innen der Gewerkschaften über den Entwicklungsstand der „LSBT-Aktivitäten“ in ihren Organisationen. Dabei wurde sehr klar, wie unterschiedlich das notwendige Engagement in den Einzelgewerkschaften entwickelt und teilweise sogar deutlich nur schwer erkennbar ist. Insofern haben die Kongressdelegierten mit ihrem umfassenden Antrag auch klar ausgedrückt, was im Interesse von LSBT seitens der Gewerkschaften zu tun ist (siehe Antragskapitel „*Gewerkschaftliches Engagement*“).

Aufgabenkatalog gewerkschaftlicher LSBTI-Arbeit

Im Verlauf des Workshops entwickelten die Beteiligten einen recht umfangreichen Maßnahmenkatalog, mit dem das Thema LSBT aus ihrer Sicht in die Gewerkschaftsarbeit integriert oder ausgebaut werden sollte. Hilfreich für diese Einschätzung war ein Blick auf entsprechende Aktivitäten in ver.di, GEW, IG BCE und GdP, auch weil diese sich dort recht unterschiedlich gestalten.

Ein „Best-Practice-Beispiel“ aus der ver.di-Arbeit vermittelte, was in dieser Richtung mit beachtlicher Ausstrahlung möglich ist. Am Beispiel der Homepage des ver.di-Bundesarbeitskreises LSBTI, die in der

ver.di-Webseite integriert ist, lassen sich verschiedene der im DGB-Antrag geforderten Handlungskomponenten vereinen:

- Kompetente Ansprechstelle für LSBT-Beschäftigte und Interessenvertretungen
- Informationspool zu Themen aus der LSBT-Arbeitswelt, einschließlich Druckvorlagen geeigneter Flyer für Infostände
- Plattform zur Darstellung gewerkschaftlicher Aktivitäten zu LSBTI
- Kommunikationsforum für am Thema Interessierte

Die zeitliche Begrenztheit des Workshops forderte von den Beteiligten eine Prioritätensetzung darüber, was jetzt im DGB-Verbund vorrangig gemeinsam bearbeitet werden sollte. Da der DGB die innerorganisatorischen Angelegenheiten seiner acht Mitgliedsgewerkschaften nicht reglementieren kann, sind auch die zur LSBT-Interessenvertretung erforderlichen Maßnahmen nur in eigener Zuständigkeit der Einzelgewerkschaften zu vereinbaren. Insofern muss die Frage, was die Gewerkschaft für ihre LSBT-Mitglieder anbietet oder nicht, und wie sie den auf dem DGB-Bundeskongress einstimmig unterstützten Antrag in der eigenen Organisation umzusetzen gedenkt, jede Gewerkschaft grundsätzlich nur ihren eigenen Mitgliedern gegenüber beantworten. Die LSBT-Mitglieder selbst sind hier also besonders gefordert.

Ergebnisse des Workshops

Der DGB bietet - das hat der Workshop im Ergebnis gezeigt - eine durchaus handlungsfähige Plattform für die am Thema interessierte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere für eine wirkungsvolle Vernetzung und zu gegenseitiger Unterstützung. Im Bundesvorstand ist eine Zuständigkeit für LSBT-Fragen (im Sinne einer „Ansprechstelle“) bei der Fachabteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik festgelegt worden. Da es sich bei der LSBT-Interessenvertretung grundsätzlich um eine gewerkschaftliche Querschnittsaufgabe handelt, sind damit aber auch die anderen Fachabteilungen befasst (Recht, Beamte, [Bildung](#), Jugend usw.).

Zur Vernetzung interessierter Gewerkschaftsmitglieder bieten derzeit vor allem die bestehenden Kommunikationsschienen der Einzelgewerkschaften und der DGB-Bezirke eine praktikable Basis. Sowohl ver.di als auch GEW arbeiten hier seit längerem sehr effektiv und erfolgreich mit vorzeigbaren Ergebnissen. Der im März 2011 eingerichtete „DGB-Arbeitskreis LSBT“ des Bezirks Berlin-Brandenburg hat sich in diesen Verbund quasi „eingedockt“ und damit die gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit verbreitert.

Zudem bietet die bezirkliche Webseite derzeit als einzige in den DGB-Bezirken einen „**Themenbereich LSBT**“ an, in dem im angemessenen Rahmen über aktuelle gewerkschaftliche LSBT-Aktivitäten informiert wird, aber auch über wichtige Initiativen, Projekte oder Aktionen, die im Bündnis mit anderen Organisationen das gleiche Arbeitsfeld betreffen. Alle, die in ihrer Gewerkschaft noch keine „LSBT-Verortung“ finden können, haben hier ebenfalls eine Ansprechstelle und Unterstützung für Aktivitäten in ihrer Gewerkschaft.

Ausblick auf 2013

Ein überschaubares Zukunftsprojekt sollte aus Sicht der am Workshop Beteiligten innerhalb der nächsten zwölf Monate für den DGB realisierbar sein, um das Thema „LSBT-Rechte“ in den

Gewerkschaften, in den Betrieben, aber auch im Hinblick auf die gewerkschaftliche Präsenz beim CSD im nächsten Jahr zu verstärken: Mit einem Plakat und einem dazu abgestimmten Flyer sollte bundesweit in und mit den Gewerkschaften auf die „LSBT-Kompetenz“ hingewiesen und zur Mitarbeit geworben werden.

Der DGB-Bundesvorstand sollte ihre Mitgliedsgewerkschaften zur Beteiligung an der Aktion auffordern, auch im eigenen Interesse. Wenn es gelingt, noch vor Jahresende einen Anschluss-Workshop zu organisieren, könnte das nötige Konzept für die gewünschte gewerkschaftliche Sensibilisierungsaktion beschlossen und umgesetzt werden. Dann könnten auch die weiteren im jetzigen Workshop auf die Agenda gesetzten Maßnahmen aufbereitet und auf den Weg gebracht werden.

Quelle: DGB Internet

DHPol (Deutsche Hochschule für Polizei)

Vom 02. - 04.05.2012 fand an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster das EDPol-Seminar 'Preventing discrimination' statt. Vertreter aus mehr als 20 europäischen Staaten diskutierten die Themen Anti-Roma, Islamophobie und Homophobie. Experten aus verschiedenen europäischen Innenministerien und Polizeiorganisationen stellten Projekte zum Abbau von Diskriminierung vor. Bundesvorsitzender Thomas Ulmer stellte die Situation von LGBT-Personen in den verschiedenen Polizeiorganisationen in Deutschland sowie das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-Deutschland und die Landesorganisationen vor. Als Ergebnis der Workshops und der Abschlussdiskussion wurden best Practise Projekte in GB und NL angesprochen und diskutiert. Der Abbau von Diskriminierung ist nur über die Thematisierung in der Aus- und Fortbildung möglich sowie durch die Schaffung von Diversity-Programmen.

Bundesseminar



Bislang haben sich mehr als 45 Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Bundesländern und Österreich zum Bundesseminar angemeldet. Es werden weiterhin Anmeldungen entgegengenommen. Nähere Informationen sind auf www.velspol.de oder www.velspol-bw.de hinterlegt.

Vereinsmitglieder die nicht am Bundesseminar teilnehmen sind natürlich zur Eröffnungsveranstaltung am 25.07.2012, 18.00 Uhr im Polizeipräsidium Stuttgart herzlich

eingeladen. Zur Planung bitten wir um Anmeldung unter bundesseminar@velspol-bw.de.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am 01.06.2012 um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

| | | |
|--|---|--|
| Mitgliedsantrag | | <input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft <small>(nur Polizeibedienstete)</small> <input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft |
| Name | <input type="text"/> | Vorname <input type="text"/> |
| Strasse | <input type="text"/> | |
| PLZ/Wohnort | <input type="text"/> | |
| E-Mail | <input type="text"/> | |
| Telefon ____/____ | Jahresbeitrag <input type="text"/> | Euro |
| <input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. | | <input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000 |
| Konto-Nr.: | <input type="text"/> | |
| BLZ: | <input type="text"/> | |
| Kreditinstitut | <input type="text"/> | |
| Datum, Unterschrift <input type="text"/> | | |

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |





VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Nr. 6 - 7



Baden-Württemberg

Rückblick CSD Karlsruhe/ FestiGay Strasbourg

VelsPol-BW e.V. war in diesem Jahr auf dem CSD Karlsruhe (02.06.2012) und auf der FestiGay in Straßburg (16.06.2012) präsent. Wir führten interessante Gespräche und konnten unseren Bekanntheitsgrad deutlich steigern. Danke an die UnterstützerInnen Karen, Mone, Thilo und Siggie.

Mitgliedsbeiträge - Erinnerung

Im Juni wurden die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2012 per Lastschrift eingezogen. Leider kam es vereinzelt wieder zu Rücklastschriften was unnötig Kosten und Arbeit verursacht. Diejenigen Mitglieder werden persönlich angeschrieben.

Die Mitglieder die 'Überweisung' gewählt haben werden gebeten den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 15 Euro an die Vereinigte Volksbank Sindelfingen, Konto 412772000, BLZ 60390000 zu überweisen.

SWR – Reportage

Im Vorfeld des CSD Stuttgart produziert der SWR eine seit Jahren geplante Reportage über homosexuelle Paare in Baden-Württemberg. Das Projekt wurde in den letzten Jahren immer wieder durch politische Einflüsse behindert bzw. verschoben. An der jetzigen Produktion nimmt die stellvertretende Landesvorsitzende Karen Seiter und ihre Lebensgefährtin Mone teil.

Der Sendetermin ist für den 01.08.2012, 20:15 Uhr im SWR-Fernsehen vorgesehen.

Hier ein Gruppenfoto nach den Dreharbeiten auf dem Polizeiposten Freiburg/Neckar.



Empfang beim Ministerpräsidenten



Am 28.07.2012 fand ein Empfang für Lesben und Schwule anlässlich des Jahrestages zum CSD (Aufstand in der Christopher Street 1969 in New York) in der Villa Reitzenstein statt. Karen Seiter hat VelsPol-BW e.V. vertreten und wurde von dem Kamerateam des SWR begleitet.



Bundesseminar 2012 - Eröffnungsveranstaltung

Vereinsmitglieder die nicht am Bundesseminar teilnehmen sind natürlich zur Eröffnungsveranstaltung am 25.07.2012, 18.00 Uhr im Polizeipräsidium Stuttgart herzlich eingeladen. Zur Planung bitten wir um Anmeldung unter bundesseminar@velspol-bw.de. Der Bundesvorstand bittet um Teilnahme in Uniform bzw. entsprechender Kleidung.

VelsPol - T-Shirt / Polo-Shirt

Zur bevorstehenden CSD-Saison bietet VelsPol-BW wieder die Möglichkeit der T-Shirt / Polo-Shirt Bestellung. Das T-Shirt und Polo-Shirt haben die Farbe dunkelblau, auf der Brustseite links befindet sich das VelsPol-BW-Logo und der Schriftzug POLIZEI auf der Rückseite ist www.VelsPol.de aufgedruckt. Für Fördermitglieder gibt es dieselbe Ausführung allerdings ohne die Aufschrift POLIZEI.

Die Schriftzüge und das Logo werden aufgeflockt. Bestellungen werden unter <http://www.velspol-bw.de/33.html> entgegengenommen.

CSD Stuttgart

VelsPol - Baden-Württemberg e.V. nimmt wie schon in den vergangenen Jahren mit einem Paradowagen am CSD Stuttgart (28.07.2012) teil. Das Organisationsteam Danny, Sigg, Thilo und Christian bitten um Unterstützung, insbesondere am 27. und 28.07.2012 (Auf- und Abbau). Unterstützer werden gebeten sich unter vorstand@velspol-bw.de zu melden. Aufgrund des Bundesseminars wird es einen Paradowagen und eine Fußgruppe geben.

Hocketse 2012

Wie schon in den letzten Jahren wird VelsPol-BW e.V. wieder mit einem Infostand an der Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart (29.07.2012) teilnehmen. Auch hier werden UnterstützerInnen am Infostand (Aufbau/ Betrieb und Abbau) gesucht. InteressentInnen werden gebeten sich unter vorstand@velspol-bw.de zu melden.

National / International

Rückblick EGPA-Konferenz in Dublin



Dublin (tu): Mehr als 300 Polizeibeschäftigte aus zwei Kontinenten und 12 Ländern haben sich in Dublin (27. – 29.06.2012) zur sechsten EGPA - Konferenz getroffen. Diese wurde am Freitag (29.06.2012) durch den Polizeichef der Garda (irische Polizei) geschlossen.

Der Auftrag zur Ausrichtung der siebten Konferenz 2014 ging nach Deutschland. Bundesvorsitzender Thomas Ulmer (VelsPol-Deutschland) hat alle Teilnehmer zur Konferenz 2014 nach Berlin eingeladen. Der VelsPol-Bundesvorstand und VelsPol - Berlin-Brandenburg freut sich auf die Ausrichtung der Konferenz, denn in diesem Jahr feiern wir auch das zwanzigjährige Bestehen unseres Mitarbeiternetzwerkes, sagte Thomas Ulmer. Zum Abschluss der Konferenz nahmen am Samstag (30.06.2012) zirka 60 Polizistinnen und Polizisten aus den teilnehmenden Ländern, teilweise in Uniform am Dublin-Pride teil. Bereits am Mittwoch (27.06.2012) wurden die Teilnehmer an der Konferenz durch den irischen Präsidenten Higgins und seiner Frau in seinem Amtssitz empfangen (siehe Bild oben).

Informationen und Bilder: www.egpa2012.com; www.velspol.de; Informationen zu den Vorbereitungen der Konferenz unter www.egpa2014.com .

Berichte über das Seminar unter:

<http://www.irishtimes.com/newspaper/ireland/2012/0629/1224318966371.html>



DHPol (Deutsche Hochschule für Polizei)

Im Rahmen des Seminars `Interkulturelle Kompetenz – Fortbildungskonzepte und Anwenderpraxis aus den Bundesländern` (11. – 13.07.2012) wird Bundesvorsitzender Thomas Ulmer einen Beitrag zum Thema `Homosexualität in der Polizei – Vielfalt akzeptieren` und Homophobie halten. Hierzu wird im nächsten Newsletter berichtet.

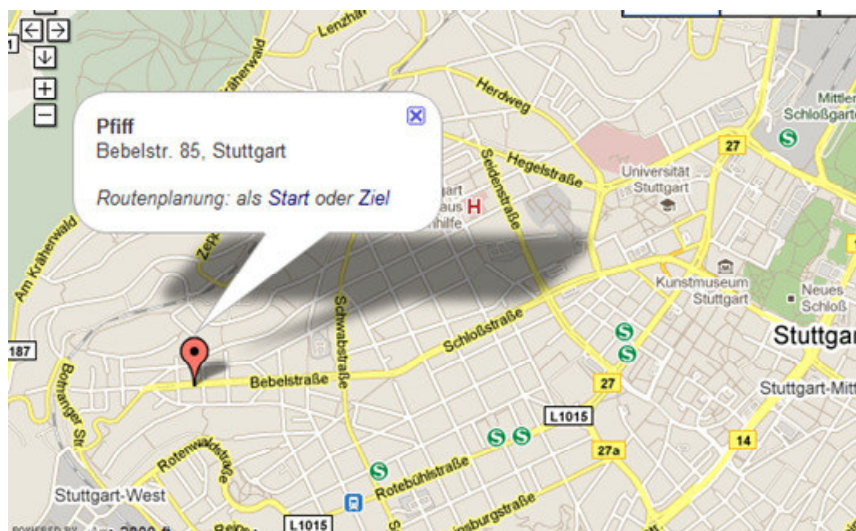
Bundesseminar



Bislang haben sich mehr als 65 Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Bundesländern, der Bundespolizei und Österreich zum Bundesseminar angemeldet. Nach derzeitiger Planung werden an der Eröffnungsveranstaltung voraussichtlich zwei Landesminister teilnehmen. Darüber hinaus wird Landespolizeipräsident Dr. Hammann am ersten Seminartag ein Grußwort an die TeilnehmerInnen sprechen.

Es werden weiterhin Anmeldungen entgegengenommen, Tagesteilnahmen oder Teilnahmen an einzelnen Seminarthemen sind ebenfalls möglich. Nähere Informationen sind auf www.velspol.de oder www.velspol-bw.de hinterlegt.

Stammtischtermine



Der nächste Stammtisch findet am 07.09.2012 um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro `Pfiff` in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das `Pfiff` bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!

Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

| | | |
|--|---|--|
| Mitgliedsantrag | | <input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft <small>(nur Polizeibedienstete)</small> <input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft |
| Name | <input type="text"/> | Vorname <input type="text"/> |
| Strasse | <input type="text"/> | |
| PLZ/Wohnort | <input type="text"/> | |
| E-Mail | <input type="text"/> | |
| Telefon ____/____ | Jahresbeitrag <input type="text"/> | Euro |
| <input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. | | <input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000 |
| Konto-Nr.: | <input type="text"/> | |
| BLZ: | <input type="text"/> | |
| Kreditinstitut | <input type="text"/> | |
| Datum, Unterschrift <input type="text"/> | | |

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |





VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Herbst 2012



Baden-Württemberg

VelsPol-BW übernimmt Fortbildungsmaßnahmen bei der Bereitschaftspolizei

VelsPol-BW hat mit den ersten regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen bei der Bereitschaftspolizei begonnen.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg wurde vereinbart, dass alle Polizeischüler ab dem 01.09.2012 im Rahmen des Grundkurses über das Thema 'Homosexualität in der Polizei', Vorurteile und über die Hilfsangebote des Mitarbeiternetzwerkes VelsPol-BW informiert werden.

Am Montag (15.10.2012) fanden die ersten Unterrichtsstunden am Standort der Bereitschaftspolizei Biberach statt. Die Veranstaltung stieß bei den Polizeischülern auf reges Interesse. In den nächsten Wochen werden die Fortbildungsmaßnahmen an den Standorten Bruchsal, Lahr, Böblingen und Göppingen fortgesetzt. Zum Jahresende finden weitere Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenbereich beim Landeskriminalamt und an der Hochschule für Polizei statt.

Mit der Aufnahme des Themas Homosexualität in die Lehrpläne der Polizei BW wurde eine jahrelange Forderung von VelsPol-BW e.V. umgesetzt.

Rückblick auf das Bundesseminar 2012

DPZ 3/2012

Bundesseminar VelsPol – ein erfolgreiches Mitarbeiter- netzwerk für Lesben und Schwule in der Polizei



Gruppenbild zum Start des Seminars, v. l.: Thomas Ulmer, Brigitte Lösch, Bilkay Öney, Thomas Züfle, Thomas Berger, Ceyhan Kaan, Marcus Hentschel, Bernhard Rotzinger, Marco Klingberg, Tom Schreiber, Petra Häffner, Karen Seifer, Gerhard Klotter.

Das Polizeipräsidium Stuttgart war Gastgeber für mehr als 70 lesbische und schwule Polizeibedienstete der Bundespolizei, der Länderpolizeien und des Zolls sowie aus Österreich und der Schweiz, die sich am 25. Juli zur Eröffnung des 19. Bundesseminars des Vereins lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol-Deutschland e.V.) trafen.

In seiner Begrüßung würdigte Polizeipräsident Thomas Züfle die Unterstützung der Arbeit von VelsPol, die zum Ziel habe, Vorbehalte gegenüber Lesben und Schwulen in der Polizei abzubauen. Zugleich appellierte er an alle Polizeibediensteten, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu akzeptieren. Entsprechend lautete das Motto der Eröffnungsveranstaltung und des Seminars „gleich-beschäftigt“. Integrationsministerin Bilkay Öney sprach ebenso wie Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch

von Veränderungen in der Gesellschaft und in der Polizei. Als Schirmherrin der Veranstaltung legte Brigitte Lösch in ihrem Grußwort den Schwerpunkt auf die erfolgte Gleichstellung von verpartnerten Kolleginnen und Kollegen im Dienstrecht, die der Landtag Mitte Juli 2012 vollzogen hatte.

Inspekteur der Polizei, Gerhard Klotter, sprach in Vertretung von Innenminister Reinhold Gall und bezeichnete die zunehmende Akzeptanz sowohl als ein Zeichen für ein offenes Baden-Württemberg als auch dafür, dass Vielfalt in einer modernen Gesellschaft keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung sei. Die Geschichte habe immer wieder „verrückte Ideen“ gebraucht, so Klotter, um überholte Vorstellungen zu verrücken. Nicht selten hätten gerade jene Ideen die Menschheit nachhaltig verändert, die zu ihrer Zeit nicht in die Konventionen passten und daher zunächst als „verrückt“ und völlig abwegig

galten. Die Polizei habe täglich Kontakt mit Minderheiten und auch Menschen, die von der Norm abwichen. „Daher kann gerade die Polizei Vorbild für einen menschlichen Umgang sein“, sagte Klotter. Innenminister Reinhold Gall und Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am folgenden Tag mit sehr persönlichen Worten am Seminarort in Stuttgart.

Auch der VelsPol-Bundesvorsitzende Thomas Ulmer sprach die Veränderungen im Land Baden-Württemberg für die Gleichstellung von Minderheiten an. Bei den Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmern habe der Besuch des Innenministers und des Landespolizeipräsidenten besonderen Anklang gefunden. Genau hier zeige sich ein Wandel in der Polizei im Umgang mit Minderheiten, sagte Ulmer.



TITELTHEMA

IdP Gerhard Klotter
und Polizeipräsident
Thomas Züfle.

Reges Medieninteresse. Das Seminar
wurde vom SWR begleitet und in Aus-
schnitten im Fernsehen gesendet.



Empfang bei der Eröffnungsveranstaltung im Polizeipräsidium Stuttgart.



Thomas Ulmer, VelsPol-Bundesvorsitzender.



Seminargespräche: Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann, Thomas Berger, Leiter der Zentralstelle, und Innenminister Reinhold Gall (Bild links)
mit Seminarteilnehmern, unter ihnen Tom Schreiber vom Abgeordnetenhaus Berlin (Bild rechts Mitte).

Aus der Ansprache von Thomas Ulmer

„Baden-Württemberg zählte in den vergangenen Jahren zu den Schlusslichtern in der Rangliste für Toleranz und Gleichstellung. Noch vor sechs Jahren, als das Bundesseminar schon einmal in Stuttgart ausgetragen wurde, war es schwierig bis unmöglich hochrangige Polizeivertreter für eine Eröffnungsveranstaltung zu gewinnen. Aus diesem Grund

ist der Landesvorstand Baden-Württemberg und der Bundesvorstand von VelsPol besonders stolz, dass so viele Politiker und Vertreter der Polizei an der Eröffnungsveranstaltung teilnehmen.

Auf Bundesebene wurde für Lesben und Schwule im Zusammenleben zwar viel erreicht, im Arbeitsleben sieht dies aber noch

anders aus. Die Sensibilisierung der Kolleginnen und Kollegen für dieses Thema war nicht immer leicht, aber auch hier haben wir in den letzten Monaten und Jahren Fortschritte erzielt. Dennoch gibt es für das Mitarbeiternetzwerk (VelsPol – Baden-Württemberg e.V.) noch viel Aufklärungsarbeit innerhalb der Polizei zu leisten – hier ist ein Anfang gemacht.“

VelsPol-BW ist Mitglied im neuen Landesnetzwerk

Pressemitteilung

Landesweites LSBTTI-Netzwerk gegründet

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intersexuelle Menschen arbeiten in Baden-Württemberg für Toleranz und Gleichstellung zusammen.

Über 40 Vereine und Initiativen aus ganz Baden-Württemberg, welche die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen, transsexuellen und intersexuellen Menschen vertreten, haben nun ein landesweites Netzwerk gegründet. Das Netzwerk soll nicht nur die Zusammenarbeit der Initiativen untereinander verbessern - und dadurch in der Öffentlichkeit für mehr Bewusstsein für die Belange von Menschen aus dem LSBTTI-Spektrum sorgen - sondern auch den Austausch mit der Politik auf Landesebene intensivieren.

Vorangegangen war das Bekenntnis der grün-roten Landesregierung zu einem Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung, der bereits im Kabinett beraten wurde und in Zusammenarbeit mit den Initiativen und Vereinen in Baden-Württemberg erarbeitet werden soll. Die Absicht ist es, einen gemeinsamen und umfassenden Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um sowohl Trans- wie Homophobie besser entgegenwirken zu können, aber vor allem auch um besser über Homo-, Trans- und Intersexualität aufklären zu können. Das Netzwerk sieht in dem Austausch und der Vernetzung den besten Weg, um sich miteinander für ein Klima der Toleranz und Vielfalt stark zu machen. Die Kompetenzen und Erfahrung der Initiativen, die sich dem Netzwerk angeschlossen haben, sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Das Netzwerk versteht sich als von den Parteien unabhängiger Zusammenschluss, welcher die gemeinsamen Anliegen der Initiativen deutlich vertritt und zugleich auf die Arbeit in den jeweiligen Regionen von Baden-Württemberg aufmerksam macht. So soll nicht nur für die großen Themen wie Antidiskriminierung, gesetzliche Gleichstellung, Gewalt gegen Minderheiten, Homoehe oder geschlechtliche Selbstbestimmung sensibilisiert werden, sondern vor allem auch durch gemeinsame Veröffentlichungen und Arbeitsgruppen betont werden, wie wichtig das Engagement in den Regionen und die Experten-Funktion der Initiativen und Gruppen vor Ort sind.

Auf der Gründungsversammlung des Netzwerks im September in Stuttgart wurden drei Personen gewählt, die in den ersten Monaten einerseits den gebildeten Arbeitsgruppen, sowie dem Sozialministerium als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Christoph Michl (IG CSD Stuttgart e.V.), Marion Römmele (FETZ Frauenberatungs- und Therapiezentrum Stuttgart e.V.) und Kim Schicklang (Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V.) betonen dabei, dass das neue Landesnetzwerk immer offen für diejenigen ist, die sich diesem gerne anschließen wollen. Gemeinsam zu arbeiten und sich gleichzeitig breit aufzustellen, sei wichtig, um alle Farben des LSBTTI-Regenbogens in Baden-Württemberg abdecken zu können.

Eine Übersicht der Gruppen im Netzwerk findet sich unter <http://landesliste.zentrum-weissenburg.de>

LSBTTI: Die Abkürzung steht für die einzelnen Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft - lesbisch (L), schwul (S), bisexuell (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I)

Treffen mit der Sozialministerin Altpeter

Am Rande einer Plenarsitzung am Donnerstag (11.10.2012) haben sich der Landesvorstand und Martin Zerrinius mit der Landessozialministerin im Landtag getroffen. Themen waren die Mitarbeit von VelsPol-BW im Landesnetzwerk für Lesben, Schwule und Transgender, sowie das Thema homophobe Gewalt. Zu diesem Thema wurden erste Standpunkte ausgetauscht. Über die weiteren Entwicklungen berichten wir im nächsten Newsletter.

Bundesseminar 2012 und CSD Stuttgart

An dieser Stelle möchten sich der gesamte Landesvorstand sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes bei allen Mitgliedern von VelsPol-BW e.V. für die aktive Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Bundesseminars und den Vorbereitungen der CSD-Teilnahme bedanken.

VelsPol als Urteilsbegründung

04.10.2012 | Politik - Deutschland | http://www.queer.de/detail.php?article_id=17537

Urteil: "Homosexueller" ist keine Beleidigung

Das Landgericht Tübingen hat in einem am Dienstag veröffentlichten Urteil beschlossen, dass es keine Beleidigung mehr darstellt, einen Polizisten als "Homosexuellen" zu bezeichnen. Dies als Ehrverletzung zu werten, sei diskriminierend gegenüber Schwulen und Lesben.

Der Angeklagte, ein heute 24-jähriger Student, hatte vor einer Discothek einen Türsteher bespuckt und geschlagen. Er wehrte sich aktiv gegen die Festnahme, auf der Wache bezeichnete er Polizisten in einer mehrstündigen Tirade unter anderem als "Schwanzlutscher", "Schwuchtel" und "Homosexuelle". Das Amtsgericht Tübingen verurteilte den nicht vorbestraften Mann, der sich für die Taten entschuldigte, zu einer Geldstrafe von insgesamt 1.350 Euro.

Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und forderte 1.500 Euro, weil das Gericht in seinem Urteil zwar die Nutzung von Begriffen wie "Schwanzlutscher" berücksichtigt hatte, den Begriff "Homosexuelle" aber ungesühnt ließ.

Der Angeklagte habe vier Polizisten als "Homosexuelle" bezeichnet, "um diesen gegenüber seine Missachtung auszudrücken", hieß es entsprechend in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft. Das Landgericht Tübingen wollte dieser Argumentation in seinem Urteil (24 Ns 13 Js 10523/11 [1]) nicht folgen.

Homosexualität ist nicht weniger wert als Heterosexualität

Diese Äußerung sei keine strafrechtliche Beleidigung, "denn es handelt sich nicht um eine Verletzung der Ehre der Polizeibeamten", so die Richter. Jeder Mensch habe das Recht, "nicht unverdient herabgesetzt zu werden", daher müsse eine Beleidigung einen "wertmindernden Gehalt" haben. Ausschlaggebend sei aber nicht "der bloße Beleidigungswillen des Äußernden oder (...) die subjektiv empfundene Kränkung des Erklärungsempfängers", sondern eine Gesamtbetrachtung des Begriffes im Rahmen der Rechtsordnung.

Dem Begriff "Homosexuelle" komme heute keine wertmindernde Bedeutung mehr zu: "Das mag in der Vergangenheit anders gewesen sein. Der gesellschaftliche Wandel in der Einstellung zur Homosexualität äußert sich etwa darin, dass sich führende Politiker oder Prominente als Homosexuelle offenbaren. **Auch innerhalb der Polizei gibt es ein 'Netzwerk für Lesben und Schwule', das sich für mehr Toleranz einsetzt**", so die Richter. Zudem verbiete Artikel 3 des Grundgesetzes und das Antidiskriminierungsgesetz eine Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung.

Würde man den Begriff "homosexuell" als ehrmindernd einschätzen, wäre das dazu im Widerspruch: Es käme die "Diskriminierung zum Ausdruck, die von Rechts wegen nicht mehr sein soll". Dabei verhalte sich der Begriff nicht anders als etwa "bisexuell" oder "heterosexuell". Zudem komme "ein Sonderrecht für Polizeibeamte in Uniform" nicht in Betracht, da man darin eine Ausnahme vom verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbot sehen muss.

1/2

Das Urteil ist dabei kein Freibrief für homophobe Sprücheklopfer: Das Amtsgericht habe es "völlig zu Recht als Beleidigungen gewertet", dass Begriffe wie "dreckige Schwanzlutscher" oder "Schwuchteln" fielen. Diese drückten klar eine Herabwürdigung aus. (nb)

Interne Links: [1] http://lrbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&Art=en&az=24%20Ns%2013%20Js%2010523/11&nr=16105

© Queer Communications GmbH

Mitgliederversammlung 2012

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2012

am **Donnerstag 15. November 2012 um 20.00 Uhr** findet im Restaurant 'Pfiff', Stuttgart-West, Bebelstraße 85 die jährliche Mitgliederversammlung im Rahmen eines gemeinsamen Essen statt.

Das Restaurant 'Pfiff' ist mit der U 2 und 9 zu erreichen, Parkplätze stehen in der Umgebung bzw. bei der nahegelegenen Bauernmarkthalle am Vogelsang zur Verfügung.

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung durch den Vorstand
2. Wahl des Versammlungsleiters und des Protokollanten
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Kassiers
5. Bericht der Kassenprüfer
6. a) Entlastung des Vorstandes
b) Entlastung der Kassenprüfer
7. Wahl der Kassenprüfer
8. Anträge der Mitglieder und des Vorstandes
9. Sonstiges

Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung können bis zu einem Tag vor der Versammlung an den Vorstand unter vorstand@velspol-bw.de gerichtet werden.

National / International

Bundesseminar 2013

Das nächste Bundesseminar findet vom 17.07. bis 21.07.2013 in Frankfurt statt. Die Planungen haben bereits begonnen mit einem zentrumsnahen Seminarzentrum finden derzeit Verhandlungen statt.

EGPA – Konferenz 2014

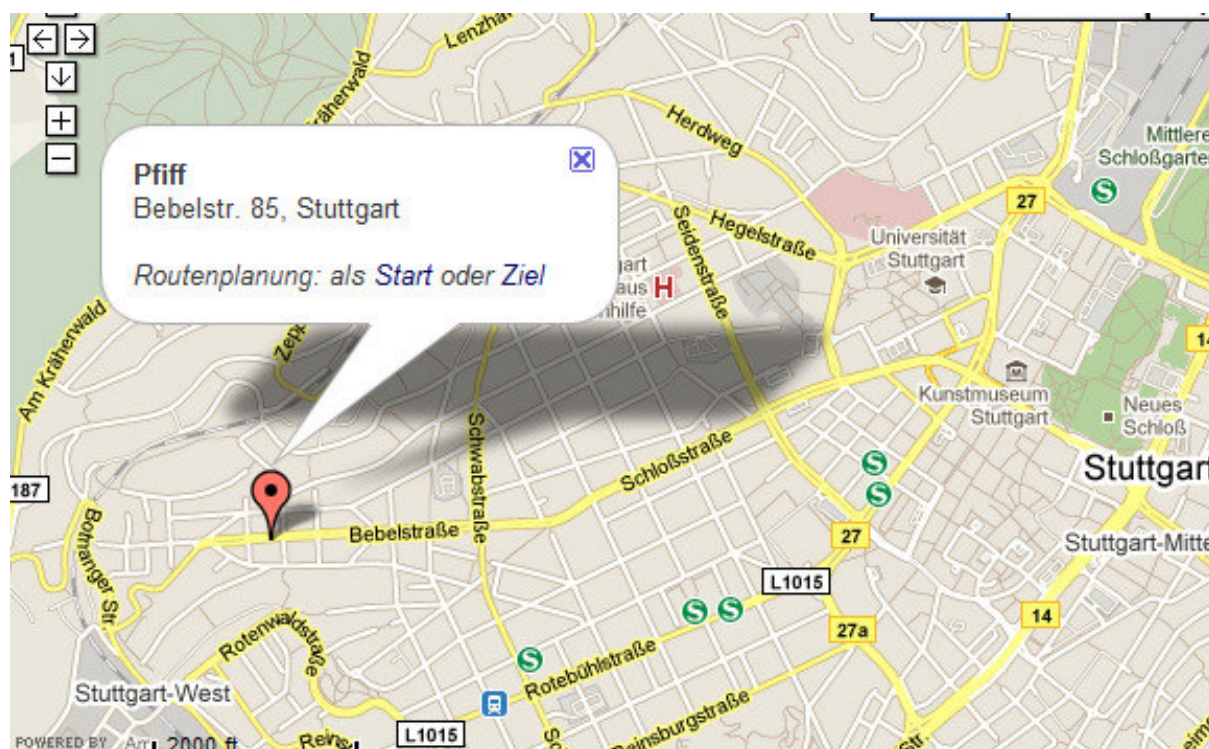
Am 08.12.2012 findet das erste Planungstreffen zur EGPA-Konferenz in Berlin statt. Interessierte die sich an der Planung und Vorbereitung aus dem Landesverein Baden-Württemberg beteiligen möchten können sich unter vorstand@velspol-bw.de melden.

Stammtischtermine

Freitag 19.10.2012, 20.00 Uhr Stammtisch im Restaurant `Pfiff`;

Donnerstag 15.11.2012, 20.00 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant `Pfiff`; **Bitte Änderung des Wochentages beachten!!**

Freitag 07.12.2012, 18.00 Uhr gemeinsamer Besuch des Weihnachtsmarktes in Stuttgart, wir treffen uns wie jedes Jahr am Stand der AIDS-Hilfe Stuttgart hinter dem Rathaus.



Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

| | | |
|--|---|--|
| Mitgliedsantrag | | <input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft <small>(nur Polizeibedienstete)</small> <input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft |
| Name | <input type="text"/> | Vorname <input type="text"/> |
| Strasse | <input type="text"/> | |
| PLZ/Wohnort | <input type="text"/> | |
| E-Mail | <input type="text"/> | |
| Telefon ____/____ | Jahresbeitrag <input type="text"/> | Euro |
| <input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. | | <input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000 |
| Konto-Nr.: | <input type="text"/> | |
| BLZ: | <input type="text"/> | |
| Kreditinstitut | <input type="text"/> | |
| Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de | | |
| Datum, Unterschrift | <input type="text"/> | |

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |





VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Nr. Oktober 2012



Baden-Württemberg

Deutscher Menschenrechts-Filmpreis

Fernsehproduktion mit VelsPol-BW – Beteiligung für Menschenrechtspreis nominiert

29 Nominierungen zum Deutschen Menschenrechts-Filmpreis

Vorjury nominiert aus 205 Einsendungen 29 Filmproduktionen für die Hauptjury-Sitzungen Ende Oktober, Wettbewerb in fünf Kategorien

Am 8. Dezember wird in Nürnberg zum achten Mal der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis verliehen. Zum Wettbewerb wurden über 200 Produktionen zu allen Aspekten der Menschenrechte eingereicht, die in vier Kategorien bewertet werden: Filme von Profis, von Amateuren, Produktionen aus Filmhochschulen und Kurzfilme/Magazinbeiträge. Zusätzlich wird ein Bildungspreis ausgelobt. Nach Sichtung und Bewertung durch eine Vorjury, die sich aus Vertreter/-innen des Veranstalterkreises zusammengesetzt hat, wurden aus den insgesamt 205 Einreichungen in diesem Jahr 29 Filme für den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis 2012 nominiert:

Kategorie Bildung**Betrifft: Auf zum Christopher Street Day – Schwule und Lesben auf dem Weg**

Simone Heyder und Almut Röhl

Dokumentation, 43:30

Der Film begleitet im Vorfeld des Christopher Street Day Männer, die mit Männern zusammen leben und Frauen, die Frauen lieben. Wie ergeht es Karen, der lesbischen Polizistin? Wie leben Hermann und Andreas auf dem Land zusammen? Und wie kommt Elisabeth damit klar, dass ihre Mutter Ana inzwischen Frauen liebt?

Unter nachstehendem Link kann die Reportage im VelsPol-Kanal abgerufen werden:

<http://www.youtube.com/watch?v=RTJSpJtg9P8>

Rosa Detlef 2012

Der Ehrenamtspreis `Rosa Detlef` wurde am Sonntag (21.10.2012) in Stuttgart verliehen, in der Kategorie Gruppen wurde der Preis an die Frauenbar `achtbar` aus Tübingen vergeben. Damit haben wir ehrenvolle Nachfolgerinnen, die seit 30 Jahren die Bar betreiben. Herzlichen Glückwunsch!

National / International

Regenbogenball 2013 in Wien



Lesben, Schwule und Transgender treffen sich in diesem Jahr wieder zum Regenbogenball in Wien. Der Ball findet am Samstag 02.02.2013 im Parkhotel Schönbrunn statt.

Unsere Partnerorganisation ist bei der Reservierung von Eintrittskarten und bei der Vermittlung von Hotelzimmer gerne behilflich. Wer Interesse hat sollte sich schnellst möglich bei Josef Hosp (stv. Obmann GayCopsAustria) melden.

Kontakt: josef.hosp@gaycopsaustria.at

Informationen: www.hosiwien.at/regenbogenball/karten/

Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

Impressum

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |





VelsPol –

Baden-Württemberg e.V.

NEWSLETTER

Ausgabe Dezember 2012



Baden-Württemberg

VelsPol-Vorträge bei der Bereitschaftspolizei

Im Oktober hat VelsPol-BW e.V. mit den ersten Referaten bei der Bereitschaftspolizei begonnen. Bis Ende November wurden somit alle Grundkursklassen, des Einstellungsjahrgangs Herbst 2012 über das Thema Homosexualität in der Polizei informiert. Im Rahmen des 2x45 Min. Fortbildungsunterrichts wurde auch das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-BW e.V. vorgestellt. Darüber hinaus fand eine weitere Fortbildungsveranstaltung an der AkadPol in Freiburg statt, hier wurden angehende Führungskräfte über das Thema Homosexualität und eine mögliche Einbindung des Themas in ein Diversity-Konzept der Polizei BW informiert.

NEWS

Aktuelle Nachrichten

Aktuelle Nachrichten



[Redacted text block]



[Redacted text block]



[Redacted text block]



Informationsveranstaltung von VelsPol

Seit Herbst 2012 weist der Lehrplan im Fach Psychologie eine Informationsveranstaltung von VelsPol (Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter) für den Grundkurs 1 aus.



[Redacted text block]

Ulmer, Thomas

POLIZEI
BADEN-WÜRTTEMBERG

Bereitschaftspolizeidirektion Böblingen

BPD Böblingen Erreichbarkeit ▾ Führungsinfo Hilfsangebote ▾ Service ▾



Informationsveranstaltung von VelsPol

Seit Herbst 2012 weist der Lehrplan im Fach Psychologie eine Informationsveranstaltung von VelsPol (Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter) für den Grundkurs 1 aus.

Am Mittwoch, 31.10.2012 brachte PHK Thomas Ulmer (im Bild o. re.) vom Polizeipräsidium Stuttgart in seiner Eigenschaft als Landes- und Bundesvorsitzender von VelsPol den Beamtinnen der Klassen 62 und 63 umfassend die Thematik Homosexualität näher und erläuterte in diesem Zusammenhang die u.U. bestehenden Vorurteile und Ressentiments. Begrüßt wurde der Referent vom stellv. Schulleiter PHK Jürgen Singer. (im Bild li.)

... und hier zwei Rückmeldungen zu den Veranstaltungen.

wir fanden den Vortrag des Herr Ulmers sehr aufschlussreich und halten es für sinnvoll, wenn dies weiterhin in Klassen so vorgetragen wird. Auch die Art und Weise wie er den Vortrag gehalten hat fanden wir gut, da er das Thema objektiv ansprach und dies anhand von Medien gut hervorgehoben hat. Die Einbeziehung der Klasse war ebenfalls positiv, weil man dadurch zum Denken angeregt wurde. Da es noch immer Probleme mit der Akzeptanz gegenüber der Homosexualität gibt, sollte man auf jeden Fall weiterhin informative Vorträge halten. Insgesamt ein super Vortrag.

Betreff:

WG: Outing bei der Polizei

Datum: 28. November 2012 22:27:41 MEZ
An: "Vorstand VelsPol-D e.V." <Thomas.Ulmer@velspol.de>
Betreff: Re: Outing bei der Polizei

Hey,

Ja also zunächst muss ich sagen, dass mir der Vortrag sehr gut gefallen hat und ich war erstaunt, wie die Kollegen meinten mit dem Thema umzugehen. Ob dies aber nur wegen dem Unterricht war habe ich noch nicht einschätzen können.

Ich habe mir seither noch einige Gedanken gemacht und mir als Ziel gesetzt kein solches Doppelleben zu führen.

Mich würde interessieren, was der beste Weg ist sich zu outen. Was gibt es denn bereits für Erfahrungen von Kollegen?

Danke schon mal im voraus!

VelsPol-BW an der Hochschule für Polizei

Vorlesungsthema Homosexualität in der Polizei an der Hochschule für Polizei in VS

An einer Abendvorlesung im Fach Führungswissenschaften, zum Thema Mobbing/ Homosexualität in der Polizei haben am Mittwoch 12.12.2012 zirka 250 Studentinnen und Studenten, an der HFPol in Villingen-Schwenningen teilgenommen. Landesvorsitzender Thomas Ulmer berichtete über die bisherigen Erfahrungen von lesbischen und schwulen Mitarbeitern bei der Polizei Baden-Württemberg, über Ängste, Vorurteile und Vorbehalte in der Arbeitswelt sowie über das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-BW e.V..

An der Veranstaltung die im Rahmen des Studium Generale durchgeführt wurde, nahmen außer den Studenten auch Dozenten der HFPol und der AKadPol, Führungskräfte der Polizeidirektion Villingen-Schwenningen und Freiburg sowie der Freiburger Polizeipräsident Bernhard Rotzinger teil.

VelsPol-BW an der ev. Akademie in Bad Boll

Am 15.12.2012 hat stv. Landesvorsitzende Karen Seiter als Referentin an der Lesbentagung der evangelischen Akademie Bad Boll teilgenommen, hier das Feedback der Veranstalterinnen:

„Herzlichen Dank an Karen Seiter für Deine Mitwirkung auf dem Podium und den Workshop auf der Bad Boller Lesbentagung am Wochenende! Eine tolle Vorstellung Eurer Arbeit im Velspol und gute Stärkung fürs Sichtbarwerden als Lesbe im Beruf!“

LSBTTI – Netzwerk/ Beteiligung VelsPol-BW e.V.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass in den nächsten Jahren ein Aktionsplan für Gleichstellung und Toleranz geschaffen werden soll. VelsPol-BW e.V. ist Mitglied des Landesnetzwerkes und Mitglied des Gleichstellungsbeirates. Nachstehend einige Informationen zur Arbeit der letzten Monate:

Was meint LSBTTI ?

LSBTTI sind LESBEN, SCHWULE, BISEXUELLE, TRANSGENDER; TRANSSEXUELLE und INTERSEXUELLE Menschen.

Die grün-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag den Aktionsplan für Gleichstellung und Toleranz vereinbart. Es geht darum, dass auch LSBTTI-Menschen in Baden-Württemberg gesellschaftlich und politisch stärker geachtet und bei politischen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Nach vielen Jahren absoluter Ignoranz durch die CDU/FDP Regierung von LSBTTI-Mitmenschen muss nun die grün-rote Regierung alles von Grund auf erarbeiten. Es werden die Grundlagen, das Wissen für politische Entscheidungen in mühsamer Kleinstarbeit gesammelt ausgewertet und damit die Voraussetzungen für zukünftige politische Entscheidungen getroffen. Um den Aktionsplan mit Leben zu füllen, wurde ein ca. 40-köpfiger Gleichstellungsbeirat ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es sein wird in Unterarbeitsgruppen die Themen zu den Feldern Bildung,

Gewalt, Arbeit, Gesundheit, Familie und Bürgerbeteiligung zu erarbeiten, aufzubereiten und den Ministerien dann Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten.

Der Gleichstellungsbeirat wird aus Vertreter_innen: - des Sozialministeriums, - aller anderen Ministerien, - Fraktionen, - LSBTTI-Netzwerkes, - kommunalen Trägern, - Bundesagentur f. Arbeit, - LIGA der freien Wohlfahrtspflege und Vertreter_innen des Gesundheitsamtes bestehen.

Vertreter_innen des LSBTTI-Netzwerkes werden sowohl im Beirat wie auch dann an den Unterarbeitsgruppen mitarbeiten.

Quelle: LSVD

Landesnetzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg nimmt Arbeit auf

Sprechendenrat gewählt sowie zwölf Personen für Gleichstellungsbeirat der Landesregierung benannt.

Stuttgart, 20. Dezember 2012: Bereits im September gründete sich das landesweite Netzwerk, um gemeinsam die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen, transsexuellen und intersexuellen Menschen in Baden-Württemberg zu vertreten. Auf einem Arbeitstreffen im November wählten die anwesenden Vertreter_innen der angeschlossenen 41 baden-württembergischen Vereine nun einen fünfköpfigen Sprechendenrat.

Dieser wird das Netzwerk für die Dauer von einem Jahr nach innen sowie nach außen repräsentieren.

Vorrangige Aufgabe des Sprechendenrats ist die Förderung des intensiven Austauschs innerhalb des Netzwerks, die Bündelung und Vertretung gemeinsamer Forderungen sowie das aktive Werben um weitere Unterstützer_innen. Gleichzeitig vermittelt der Sprechendenrat die Expertise der im Netzwerk verbundenen Gruppen, Vereine und Initiativen der LSBTTIQ-Gemeinschaft im Land und ist damit Ansprechpartner sowohl für die Landespolitik als auch für die Öffentlichkeit und die Medien.

Neben der Wahl des Sprechendenrats verständigte sich das Netzwerk außerdem auf die Entsendung von zwölf Personen in den neuen Gleichstellungsbeirat der Landesregierung. Der Beirat nimmt ab Januar 2013 die Arbeit am Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung auf. Dieser wurde bereits im grün-roten Koalitionsvertrag verankert.

Unter dem Dach des Aktionsplans sollen konkrete Maßnahmen erörtert und umgesetzt werden, die den noch immer vorhandenen Diskriminierungen, Ungleichbehandlungen und Vorurteilen gegenüber der Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierung entgegenwirken.

Die konstituierende Sitzung des Gleichstellungsbeirats, unter der Federführung des baden-württembergischen Sozialministeriums und der Leitung von Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD), findet am Mittwoch, den 23. Januar 2013 in Stuttgart statt. Neben den zwölf Vertreter_innen des LSBTTIQ-Netzwerkes wird der Beirat durch weitere Ministerien, Fraktionen, Behörden sowie Verbände besetzt sein.

Über das Landesnetzwerk: Das Landesnetzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg ist ein überparteilicher und weltanschaulich nicht gebundener Zusammenschluss von lesbisch-schul- bisexuell-transsexuell-transgenderintersexuell und queer (LSBTTIQQ) Gruppen, Vereinen und Initiativen. Das Netzwerk zeigt damit bereits die Vielfalt und die Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierungen. Ziel des Landesnetzwerkes ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen LSBTTIQ-

Mitgliedsgruppen auf Landesebene zu fördern und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren, zu zentralen Themen gemeinsame Positionen zu erarbeiten und gegenüber landespolitischen Entscheidungstragenden zu vertreten. Dabei greift das Netzwerk auf die vorhandenen Kompetenzen und Expertisen der Mitglieder zurück. Die Bündelung der Aktivitäten vor Ort erbringt Synergieeffekte, die den gesellschaftlichen Beitrag der Mitgliedsgruppen wirkungsvoller gestaltet. Die Eigenständigkeit jedes Mitglieds wird respektiert und alle Mitglieder arbeiten gleichberechtigt.

Eine **Übersicht der Gruppen im Netzwerk** findet sich unter <http://landesliste.zentrum-weissenburg.de>.

Kontakt zum Sprechendenrat: netzwerk_bawue@gmx.net

LSBTIQ: Die Abkürzung steht für die einzelnen Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft -lesbisch (L), schwul (S), bisexuell (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I), queer (Q).

Quelle: Landesnetzwerk

Steuerrecht

Demoaufruf!

Der Bundestag wird voraussichtlich im Januar 2013 über das Vermittlungsergebnis zum Jahressteuergesetz 2013 abstimmen. Nach dem Beschluss des Bundesrates und dem Votum der Mehrheit der Landesregierungen im Vermittlungsausschuss, sieht das vorliegende Paket auch die von der Bundesregierung bislang abgelehnte steuerrechtliche Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht vor. Wir fordern die FDP auf, in der Bundesregierung für die Annahme des Vermittlungsergebnisses zu sorgen. Sie trägt somit nicht nur zur Erfüllung der Ankündigung im Koalitionsvertrag von 2009 bei, sondern verleiht ihren Parteitagsbeschlüssen zur Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften Glaubwürdigkeit.

Anlässlich des traditionellen Dreikönigstreffens der FDP ruft der LSVD zu einer Demonstration in Stuttgart unter dem Motto:

Wir wollen keine Geschenke, wir wollen gleiche Rechte!

auf.

Wir würden uns über Eure Unterstützung und zahlreiches Erscheinen sehr freuen. Zusammen werden wir die FDP an ihre Versprechen, ihr Parteiprogramm und den Koalitionsvertrag erinnern: Steuerrechtliche Gleichstellung jetzt!

Wann: 06. Januar 2012; 10.00-11.00 Uhr

Wo: Oper Stuttgart, Oberer Schlossgarten 6, 70173 Stuttgart

Mehr dazu... <<http://ba-wue.lsvd.de/2012/12/27/wir-wollen-keine-geschenke-wir-wollen-gleiche-rechte/>>

Quelle: LSVD

Hintergrund:

Hinweise zum Familienzuschlag, zur Hinterbliebenenpension und zu den Steuerklassen

Zum Familienzuschlag:

Die verpartnerten Beamten, Richter und Soldaten erhalten inzwischen sowohl im Bund als auch in allen Bundesländern den Familienzuschlag der Stufe 1. Ihnen ist auch der rückständige Familienzuschlag für unterschiedlich Zeiträume nachgezahlt worden (in Baden-Württemberg und in Sachsen nur auf Antrag). Offen ist aber meist noch der rückständige Familienzuschlag ab der Verpartnerung bis zum jeweiligen Zeitpunkt der Gleichstellung.

Der Bund und die Bundesländer verschleppen die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.06.2012. Es gibt dazu bisher weder im Bund noch in den Bundesländern Gesetzentwürfe. Nur Niedersachsen hat die rückwirkende Gleichstellung vorweg in einem Erlass angeordnet, der allerdings unzureichend ist.

Die verpartnerten Beamten, Richter und Soldaten haben schon jetzt Anspruch auf den rückständigen Familienzuschlag ab dem Ablauf der Umsetzungsfrist der Richtlinie 2000/78/EG am 03.12.2003. Dieser Anspruch steht den Betroffenen auch zu, wenn sie den Familienzuschlag „nicht zeitnah geltend gemacht“, ihn also erst später beantragt haben.

Die Betroffenen sollten deshalb die Zahlung des rückständigen Familienzuschlags ab dem 03.12.2003 bei ihren Besoldungsämtern beantragen oder auf der Fortsetzung schon anhängiger Verfahren bei den Besoldungsämtern und Verwaltungsgerichten und auf einer baldigen Entscheidung bestehen. Erläuterungen und Vorlagen findet Ihr im Mustertext Familienzuschlag <<http://lsvd.de/899.0.html>> .

Zur Hinterbliebenenpension:

Für das Sterbegeld und die Hinterbliebenenpension gilt dasselbe. Siehe dazu den Mustertext Hinterbliebenenpension <<http://lsvd.de/902.0.html>> .

Der beiden Mustertexte sind wegen der vielen möglichen Varianten sehr umfangreich und möglicherweise nicht leicht zu verstehen. Wenn Ihr dazu Fragen habt, meldet Euch bitte.

Zu den Steuerklassen:

Viele Lebenspartner mit unterschiedlichem Einkommen haben 2012 die Änderung ihrer Steuerklassen beantragt und erreicht.

Wenn das Finanzamt die Änderung der Steuerklassen bis zum 31.12.2012 befristet hat, müsst Ihr jetzt die Änderung Eurer Steuerklassen für 2013 beantragen. Dafür genügt ein formloser Antrag unter Hinweis auf die in diesem Jahr erfolgte Änderung, siehe unseren einschlägigen Mustertext <<http://lsvd.de/1357.0.html#c8192>> . Die Prozedur läuft dann wieder so ab wie in diesem Jahr, also Ablehnung durch das Finanzamt und dagegen Einspruch und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung.

Wenn dagegen das Finanzamt die Änderung der Steuerklassen nicht befristet hat, braucht Ihr nichts zu unternehmen. Sie gilt dann für 2013 fort

Das Bundesverfassungsgericht hat einem Betroffenen auf Anfrage mitgeteilt, dass "im ersten Halbjahr 2013 mit einer Entscheidung gerechnet werden kann". Das sind gute Aussichten für das neue Jahr 2013.

Quelle: LSVD Bruns 31.12.2012

Aktuelle Debatte am 13.12.2012 im Landtag von Baden-Württemberg „Vorwärts war gestern – kein Umsteuern der CDU bei Eingetragenen Lebenspartnerschaften“

Rede von Brigitte Lösch, MdL:

„Die Ehe muss vor Homosexuellen geschützt werden“, das ist der Tenor, mit dem das Union-Establishment vor dem CDU-Parteitag Anfang letzter Woche Stimmung gegen den Antrag zum Ehegattensplitting für homosexuelle Lebensgemeinschaften gemacht hat.“ So titelte die Süddeutsche ihren Beitrag am 1.12.2012.

Und zwar erfolgreich - Die CDU hat auf ihrem Parteitag die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften abgelehnt, und zwar mit eindeutiger Mehrheit. Dabei hat alles so schön begonnen – ein Antrag von 13 mutigen MdBs – schnell bekannt als Wilde 13 – zur steuerlichen Gleichstellung wurde am Parteitag zur Abstimmung gestellt – Mutig hatte sich dann auch der baden-württembergische CDU-Vorsitzende Strobel aus der Deckung gewagt und diesen Antrag in der Öffentlichkeit unterstützt.

Strobl sagt: "Nach meiner Überzeugung ist es nicht die Aufgabe der Politik, individuelle Lebensentwürfe zu bewerten. Entscheidend sei vielmehr, dass zwei Menschen für einander Verantwortung übernehmen: Ob dies ein Mann und eine Frau sind oder zwei Männer oder zwei Frauen, ist zweitrangig"

Und was soll ich sagen, dieser Mann hat Recht und diese Forderung findet unsere volle Unterstützung.

Doch was als Tiger lossprang – endete kläglich als Bettvorleger. Der Antrag fand mehrheitlich keine Unterstützung. Und das zeigt doch nochmals ganz deutlich auf, welchen Einfluss die Baden-württembergische CDU – der Landesvorsitzende und neue stellvertretende Bundesvorsitzende auf der Bundesebene hat – nämlich keinen.

Das wars dann erstmal mit dem Thema Modernisierung der CDU. Mit ihrer Entscheidung gegen die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften macht die CDU Gesellschaftspolitik von gestern.

Und ich prophezeie Ihnen eins: Meine Damen und Herren von der CDU– Sie verlieren damit den Anschluss an eine sich wandelnde Gesellschaft verlieren – und werden so auch in Zukunft in den Großstädten keine Mehrheiten mehr bekommen.

Es ist übrigens erstaunlich, dass man im Vorfeld der Debatte gar nichts - von gar niemandem aus der Landtagsfraktion gehört hat. Wir hätten uns eine breite Unterstützung des Vorstoßes und des Vorsitzenden gewünscht – aber Fehlanzeige - die Fraktion schweigt!

Ich konnte immerhin der Presse entnehmen, dass Kollegin Gurr-Hirsch sehr enttäuscht war über die Haltung ihrer Partei zur Frauenquote, aber nirgends habe ich eine Kommentierung zum Thema Gleichstellung von Lebenspartnerschaft gelesen. Auch bei Ihren neu vorgestellten Papieren mit der Überschrift Gleichstellungspolitik kommt das Wort gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht vor.

Deshalb frage ich Sie jetzt – was ist die Position der CDU-Landtagfraktion dazu??

Die Sprecherin von CDU-Fraktionschef Peter Hauk sagte der Presse: „Die baden-württembergische CDU-Fraktion hält sich in der Diskussion um die steuerliche Gleichbehandlung homosexueller Paare vorerst bedeckt. Das Thema bedarf einer intensiven Diskussion, die wir in der Fraktion führen werden.“

Nachdem diese Aussage vom August stammt – frage ich Sie: Haben sie schon die Zeit gefunden diese intensiven Diskussionen zu führen – und wenn ja, was ist denn das Ergebnis??

Sind Sie bereit mit den Realitäten umzugehen? Ist ihnen unser Motto: Gleiche Rechte – gleiche Pflichten zu modern?

Eigentlich ist doch die Sache ganz einfach, bei den Pflichten, die sich beispielweise aus dem Sozialrecht ergeben, sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften gleichgestellt. Folglich muss man ihnen doch auch im Steuerrecht die gleichen Rechte zugestehen. Ehe und Familie werden dadurch doch in keiner Weise schlechter gestellt.

Die Tatsache, dass Ehe und Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes unter besonderem Schutz stehen, stellen wir doch gar nicht in Frage. Aber das heißt doch nicht, dass man deshalb andere Lebensformen diskriminiert.

Alle Gerichtsurteile haben doch festgestellt, dass der besondere Schutz der Ehe den Gesetzgeber nicht daran hindert, für die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich kommen.

Meine Damen und Herren von der CDU, mit Ihrer Weigerung eingetragene Lebenspartnerschaften steuerlich gleich zu stellen, betreiben Sie weiter Diskriminierung und Ausgrenzung - das ist das Gegenteil dessen, was unsere Gesellschaft braucht.

Menschen, die füreinander eintreten, machen doch unsere Gesellschaft stark. Dafür verdienen sie Respekt und jede mögliche Unterstützung. Und - solange es das Ehegattensplitting gibt, muss es aus Gründen der Gleichbehandlung auf eingetragenen Lebenspartnerschaften ausgeweitet werden.

"Es erscheint mir verfehlt, im Steuerrecht gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gleichzustellen", schreibt der Kollege Herrmann im Staatsanzeiger. Verfehlt? Was heißt denn da verfehlt? Ich möchte nochmals Ihren Parteivorsitzenden zitieren: es ist nicht Aufgabe der Politik individuelle Lebensentwürfe zu bewerten!! Und das muss auch fürs Steuerrecht gelten.

Auch wenn wir alle das Ehegattensplitting für einen nicht mehr zeitgemäße Form der Besteuerung halten - FDP und Herr Herrmann hätten gerne ein Familiensplitting, wir Grüne setzten uns für einen Individualbesteuerung ein. Aber - solange es das Ehegattensplitting noch gibt, muss es aus Gründen der Gleichbehandlung eben auch auf eingetragenen Lebenspartnerschaften angewendet werden. Nur so kann volle Gleichstellung erreicht werden. Denn ohne volle Gleichberechtigung bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft.

Schwulen und lesbischen Paaren fehlt noch manches Stück zum Glück. Wir kämpfen für volle Gleichstellung nach dem Grundsatz "gleiche Rechte, gleiche Pflichten". Und unter der grün-roten Landesregierung hat sich in den letzten 1 1/2 Jahren mehr getan als die CDU in 100 Jahren wahrscheinlich nicht hinbekommen würde - von der Öffnung der Standesämter für die eingetragenen Lebenspartnerschaften, über die Gleichstellung von verpartnerten Beamten und Beamtinnen bis hin zu der Entscheidung für einen landesweiten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung, indem Vorurteile abgebaut und Konzepte gegen Homophobie für alle gesellschaftlichen Bereiche erarbeitet werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, geben Sie sich einen Ruck, verlassen Sie ihren ideologischen Schützengraben und kämpfen Sie gemeinsam mit uns und der grün roten Landesregierung für gleiche Rechte und gleiche Pflichten für homosexuelle Menschen und eingetragenen Lebenspartnerschaften!

Quelle: Abgeordnetenbüro Lösch

Mitgliederversammlung 2012

Die Mitgliederversammlung 2012 hat am 15.11.2012 im Restaurant `Pfiff` in Stuttgart stattgefunden. Das Versammlungsprotokoll wird demnächst den Mitgliedern zugesandt.

National / International

Bundesseminar 2013

Das nächste Bundesseminar findet vom 17.07. bis 21.07.2013 in Frankfurt statt. Die Planungen haben bereits begonnen mit einem zentrumsnahen Seminarzentrum finden derzeit Verhandlungen statt.

Medienbericht aus der taz

Im Anhang befindet sich ein Bericht vom 16.12.2012 aus der taz über Peter König, dem Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei Hannover.

EGPA – Konferenz 2014

Am 08.12.2012 fand das erste Planungstreffen zur EGPA-Konferenz in Berlin statt. Interessierte die sich an der Planung und Vorbereitung aus dem Landesverein Baden-Württemberg beteiligen möchten können sich unter vorstand@velspol-bw.de melden.

Zwischenzeitlich laufen Gespräche mit Hotelketten bzgl. der Unterbringung der Teilnehmer. Nähere Informationen zur Konferenz und zu den Planungen werden unter www.egpa2014.com veröffentlicht.

Stammtischtermine

Der nächste Stammtisch findet am Freitag 11.01.2013, 20.00 Uhr im Restaurant 'Pfiff' statt;

Die Termine 2013 werden demnächst im Internet veröffentlicht.



Mitglied werden



Über den QR-Code geht's zum Online Anmeldeformular!

| | | |
|--|---|--|
| Mitgliedsantrag | | <input type="checkbox"/> Aktive Mitgliedschaft <small>(nur Polizeibienstete)</small> <input type="checkbox"/> Fördermitgliedschaft |
| Name | <input type="text"/> | Vorname |
| Strasse | <input type="text"/> | |
| PLZ/Wohnort | <input type="text"/> | |
| E-Mail | <input type="text"/> | |
| Telefon | <input type="text"/> / <input type="text"/> | Jahresbeitrag <input type="text"/> Euro |
| <input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. | | <input type="checkbox"/> ich überweise auf das Konto VelsPol-BW e.V. bei der VoBa Sindelfingen Konto 412772000 BLZ 60390000 |
| Konto-Nr.: | <input type="text"/> | |
| BLZ: | <input type="text"/> | |
| Kreditinstitut | <input type="text"/> | |
| Datum, Unterschrift <input type="text"/> | | |

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Herzlich willkommen

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Impressum

| | | |
|------------------|---------------------|----------------------|
| Redaktion | Thomas Ulmer | Karen Seiter |
| Anschrift | 70180 Stuttgart | Weissenburgstr. 28 A |
| Kontakt | info@velspol-bw.de | |
| Internet | www.velspol-bw.de | |



16.12.2012 | 7 Kommentare



INTERVIEW MIT HOMOSEXUELLEM POLIZISTEN

„Ich bin praktisch neu geboren“

Peter König ist Polizist und schwul. Das hat er lange versteckt. Jetzt ist er Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

INTERVIEW: KRISTIANA LUDWIG



Hat vor seinem Outing eine lesbische Freundin zum Polizeiball mitgenommen: Peter König
Bild: Christian Wyrwa

taz: Herr König, warum wollten Sie Polizist werden?

Ich wollte einen Beruf haben, der mir Sicherheit gibt, einen festen Job. Es sollte auch ein männlicher Beruf sein. Ich wollte nicht Florist oder Friseur werden.

Weshalb war Ihnen das so wichtig?

Das habe ich damals gar nicht hinterfragt. Heute sehe ich das anders: Ich hatte keine Lust, ein Klischee zu erfüllen. Ein gestalterischer Beruf hätte mir auch nicht gelegen.

Wollten Sie sich verstecken?

Nein, das habe ich eher für mich selbst getan. Ich wollte ein männliches Erscheinungsbild und eine männliche Ausbildung haben. Ich wollte was gegen Ungerechtigkeit und Verbrechen tun. Einen Hilfsberuf, aber auch nicht Krankenpfleger werden.

**PETER KÖNIG**

53, ist Polizist und Vollzeit-Berater. Als Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizeidirektion Hannover berät er schwule und lesbische Kollegen. Als regionaler Berater kümmert er sich zudem um Beamte mit posttraumatischen Belastungsstörungen, Problemen wie Trennung oder Scheidung und um Gruppenkonflikte an Polizeidienststellen.

Hatten Sie sich damals schon geoutet?

Nein. Ich hatte meine erste Liebe mit 21. Vorher bin ich ganz normal aufgewachsen, hatte eine Freundin. Aber irgendwann dachte ich: Ich muss jetzt auch mal zu meinem Recht kommen.

Als Florist wäre das womöglich einfacher gewesen.

Ja.

Waren Sie sich darüber bewusst?

Heute könnte man sagen: Ich habe das Schicksal provoziert. Aber ich habe das damals nicht so empfunden.

Wann ist es schwierig geworden?

Während meiner Ausbildung musste ich viel arbeiten, da gab es wenig Privatleben. Es gab zwar immer wieder Kollegen, die ich attraktiv fand, aber ich habe nichts unternommen. Bis ich mich das erste Mal verliebt habe.

Sie haben sich in einen Kollegen verliebt?

Ja. Wir waren zusammen. Das war im Gefüge der Polizei total schwierig.

Sie haben es verheimlicht.

Total. Er hat später eine Frau kennengelernt und dann war es vorbei. Aber für mich ging es danach erst richtig los. Natürlich verdeckt. Wenn ich etwas trinken gegangen bin, bin ich erst zehnmal um das Gebäude gerannt, bevor ich rein gegangen bin. Es gab wahrscheinlich immer Kollegen, die etwas geahnt haben. Aber ich hätte das verleugnet. Ein Vorgesetzter hatte es trotzdem auf mich abgesehen. Der hat etwas vermutet und mich fertig gemacht, dienstlich. Es kam auch zu sexueller Belästigung.

Haben Sie mal mit Kollegen darüber gesprochen?

Nein, das hätte ich mich nicht getraut. Ein anderer Vorgesetzter hat es bemerkt und gesagt: Herr König, da stimmt etwas nicht. Ich werde darauf achten, seien Sie ganz sicher. Ich werde Sie schützen. Da habe ich zum ersten Mal gemerkt: Es gibt doch Leute, die sehen, was passiert.

Haben Sie deshalb begonnen, sich auch zu engagieren?

In den 90er-Jahren gab es das erste Bundestreffen schwul-lesbischer Polizeibeamte in Göttingen. Ich wollte teilnehmen und das muss sich rumgesprochen haben. Anschließend lud mich der Landespolizeidirektor ein und wollte mich als Ansprechpartner bei der Polizei haben, ehrenamtlich. Ich hatte Bedenken: Wenn ich in meine Dienststelle zurückkomme, lernen die einen ganz neuen Peter König kennen. Ich hatte mir ein Lügenkonstrukt aufgebaut.

Welche Art von Lügen?

Zu einem Polizeiball habe ich etwa eine lesbische Freundin mitgenommen. Wenn es zu anderen Veranstaltungen kam, hatte ich Ausreden oder habe von einer Freundin erzählt.

Wie haben Sie dann Ihr Outing erlebt?

Ich bin praktisch neu geboren. Das hat mir so einen Schub gegeben. Auch der dienstliche Rückhalt: Ich wusste, dass mir jetzt nichts passieren kann. Ich behalte meinen Beruf und mein Dienstherr steht hinter mir. 1995 habe ich dann als Ansprechpartner angefangen.

Gab es denn eine Nachfrage?

Vom ersten Tag an. Kollegen kamen zu mir und schwule Bürger, die überfallen wurden und sagten: Die Polizei hat nichts gemacht. Meistens ging es um Outing oder Ausgrenzung. Manche haben auch gefragt: Wie kann ich das verheimlichen? Aber das war nicht meine Aufgabe.

Warum finden Sie das verwerflich? Sie haben das doch selbst lange gemacht.

Ich würde niemandem zum Lügen raten. Man muss ja auch sehen: Wie geht es zum Beispiel der Ehefrau? Ich will es nicht werten, aber auch nicht unterstützen.

Welche Probleme hatten Polizisten, die offen schwul lebten?

In den 80ern und 90ern gab es immer die Vermutung: Wenn der homosexuell ist, dann ist da auch was mit Aids. Ich kenne eine Geschichte, da haben Polizisten einen Zettel an die Kaffeemaschine geklebt: Diese Maschine ist nicht von diesem Kollegen zu benutzen. Das geht gar nicht.

Wie haben Ihre Kollegen auf Sie reagiert, als Sie sich geoutet hatten?

Ich bin überrascht gewesen. Kollegen, von denen ich dachte, die reden kein Wort mehr mit mir, sind auf mich zugekommen und haben gesagt: Ich finde stark, dass du das kannst. Kein Problem. Es gab auch Kollegen, die sagten: Mit dir will ich jetzt nicht mehr duschen gehen.

Gab es auch Anfeindungen?

Ja, die gab es auch. Meist läuft das subtil. Einmal saß ich im Speisesaal und habe gehört, wie ein Kollege sagte: „Den König muss man eben akzeptieren.“ Das ist wie Krebs, da kann man nichts gegen machen. Das war schon ziemlich verletzend.

Wie sind Sie damit umgegangen?

Ich habe das oft mit einem Witz verarbeitet. Einmal habe ich gegen das kaputte Faxgerät gehauen und gesagt: Du schwules Fax, jetzt spring an! Auch um den anderen zu zeigen: Ihr müsst keine Angst haben, euch im Ton zu vergreifen. Ich renne nicht gleich zum Vorgesetzten.

Gibt es heute noch Dinge, bei denen Sie sich schwer tun, sie offen anzusprechen?

Schwule im Alter ist ein schwieriges Thema. Einsamkeit. Schwule haben meist keine Kinder. Ich kann meine Erfahrung nicht weiter tragen. Und Gewalt gegen Schwule kommt nicht in der Schule oder in der Erziehung vor. Das macht mir wirklich Sorgen.

Gibt es Männer, die für Sie ein Vorbild waren?

Es gibt hier in Hannover Axel Blumenthal, Träger des Bundesverdienstkreuzes und sehr aktiv in der Aidsbewegung. Früher habe ich immer gedacht: So muss man das machen: Intelligent, sehr souverän, sehr männlich unser Thema transportieren.

Als schwuler Polizist nicht männlich, sondern eher tuntig aufzutreten, ist sicher nicht einfach. Kennen Sie jemanden, der es trotzdem versucht?

Ja, es gibt jemanden, den ich so sehe. Der würde wahrscheinlich total ablehnen, dass ich das sage. Seine Art ist sehr schrill, auch wenn er nicht so aussieht. Aber das wäre ein wirkliches Problem.

Warum?

Viele haben mit dieser femininen Art ein Problem, auch unter Schwulen. Man will nicht in dieses Klischee geschoben werden. Wenn Leute hören: Jetzt kommt Peter König, der schwule Polizist, dann denken sie: Jetzt kommt da so eine Zauberfee. Und dann komm ich. Man will so wahrgenommen werden, wie man ist.

Von den schwulen Polizisten, die in Ihre Beratungsstelle kommen, war ein einziger feminin? Und der Rest versucht, möglichst männlich aufzutreten?

Die sind männlich. Vielleicht leben sie es woanders aus, wo ich das nicht mitbekomme. Ich fände es schade. Es ist viel schöner, wenn man einfach so sein kann, wie man ist.

Gehört Männlichkeit zu den Anforderungen im Polizeiberuf? Dann sollte eine Polizistin wohl auch nicht zu viel von ihrer weiblichen Seite zeigen.

Ich nehme das anders wahr. Wir wollen ja die Frauensicht nutzen und nicht alle gleich machen. Aber das feminine Kleiden und Frisieren hat auch ein Gefahrenpotenzial: Ohrringe kann man rausreißen. Deshalb entscheiden sich viele dagegen – wegen der Sicherheit.

Würden Sie einem schwulen Kollegen raten, in der Öffentlichkeit seine feminine Seite zurückzustellen?

Wenn jemand so ist, sollte er es auch sein. Ich bin ja auch gerne mit Frauen unterwegs, die sind ruhiger, das ist oft deeskalierend und gibt Sicherheit. So ist meine Erfahrung. Es war aber auch noch kein Kollege in der Beratung, der am liebsten Stöckelschuhe zu seiner Uniform tragen würde. Davon würde ich ihm abraten, weil es einfach zu gefährlich ist.

Haben es Lesben in der Polizei leichter als Schwule?

Gute Frage. Würde ich nicht sagen. Es kommt immer auf den